

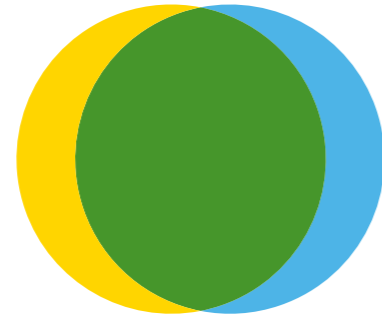


Eintragung ins Lobbyregister für das Geschäftsjahr 2022

Grüner Wirtschaftsdialog e.V.

Inhalt des Dokuments:

- Jahresbericht 2022 (Bericht über die Tätigkeiten des Vereins)
- Jahresabschluss 2022 mit Testat



Das Know-how der Wirtschaft.
Zum Nutzen der Gesellschaft.



gruener-wirtschaftsdialog.de

GRÜNER
WIRTSCHAFTS
DIALOG



Jahresbericht 2022

Inhalt des Berichts

VORWORT	
von Dr. Thomas Gambke	4
GRÜßWORT	
aus der Wirtschaft	6
GRÜßWORT	
aus der Politik	7
UNSER AUFTRAG	8
VORSTAND & BEIRAT	10
MITGLIEDER	12
THEMEN & FORMATE	14
VERANSTALTUNGEN	16
Regionalveranstaltungen	18
GreenTeaTimeTalks	20

AKTUELLE SCHWERPUNKTTHEMEN	22
Bauen/Wohnen/Immobilienwirtschaft	24
Sustainable Finance	30
Landwirtschaft & Ernährung	36
Mobilität	42
Energie	48
Forschung & Innovation	54
Innovative Gesundheitswirtschaft	58
Modernes Regieren	64
Neue Arbeit/Neue Qualifikation	70
Security & Defence	76
Medien-, Kultur- & Kreativwirtschaft	80
Rohstoffe, Ressourcen & Kreislaufwirtschaft	84
ENTWICKLUNG	90
AUSBLICK	
von Gabriele C. Klug	98

Erfolgreicher Dialog im vierten Jahr



Umsetzen!

Das Jahr 2022 war für den GWD äußerst erfolgreich, aber auch voller besonderer inhaltlicher Herausforderungen: Erst Corona, und dann der brutale Krieg Putins haben in den letzten beiden Jahren wichtige Projekte zum Klimaschutz gebremst, ja konterkariert. Umso mehr wurde in vielen Fachforen und Gesprächen des GWD gefordert, dass Europa und Deutschland vorrangig bei der Energiewende, aber auch in vielen anderen Bereichen umso konsequenter jetzt in die Umsetzung für eine nachhaltige Wirtschaftsweise gehen müssen. Dieser Druck kommt mindestens so stark aus der Wirtschaft wie aus der Politik.

Wir spüren das in unserer Arbeit deutlich, unsere Fachforen und anderen Dialogformate sind so gut besucht wie nie. Und tatsächlich erweisen sich unsere Strukturen, unsere Arbeitsweise und unser großes Netzwerk in Politik und Wirtschaft als passend für diese Herausforderungen: Die Komplexität der Prozesse nötigt jedem Eingriff, der Transformation ermöglichen und beschleunigen soll, eine umfangreiche Einbindung vieler Stakeholder ab. Also genau das, was unsere Arbeit ausmacht.

Der Handlungsdruck ist auf allen Ebenen evident. Allerdings verfügt Deutschland bei vielen Herausforderungen nicht über adäquate Governancestrukturen, um die drängenden Änderungsprozesse in der gebotenen Zeit in Gang zu setzen. Nur mit modernem Projektmanagement, das die Verantwortlichkeiten klar zuordnet und eine Fehlerkultur zulässt, können die Projekte umgesetzt werden. Was bei der Errichtung der LNG-Terminals gelang, muss auch auf andere Vorhaben übertragen werden. Dabei ist nicht zu kritisieren, dass manche Rahmensetzung wichtige Gesichtspunkte nicht berücksichtigt; umso mehr ist es aber entscheidend, nicht zielführende Entscheidungen zu korrigieren. Und wir müssen in der Gesellschaft dafür werben, Änderungen nicht nur deshalb

als negativ zu bewerten, weil mit der Entwicklung auch die eigenen Lebensumstände verändert werden. Das gilt für die Mobilität genauso wie für die Anwendungen einer digitalen Gesundheitswirtschaft und viele andere Änderungsprozesse. In vielen Fällen müssen wir Rückstände aufholen, die durch die Blockade von technologischen Entwicklungen und deren Umsetzungen bewirkt wurden. Es geht um nichts weniger als die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt als der wesentlichen Basis für den Wohlstand in diesem Land. Dieser globale Wettbewerb wird längst unter der Prämisse der Nachhaltigkeit ausgetragen.

All dies wurde in den vielen Gesprächen in sehr unterschiedlichen Formaten des GWD überdeutlich. So war die Arbeit im GWD überaus fruchtbar – viele sehr positive Stellungnahmen und Bewertungen aus Unternehmen und Politik belegen das. Das wird im vorliegenden Jahresbericht 2022 an vielen Stellen dokumentiert. Ich wünsche viel Freude bei der Lektüre!



DR. THOMAS GAMBKE

Vorsitzender des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V.,
Unternehmer, ehemaliger MdB sowie Mittelstandsbeauftragter der
Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen (2009–2017)

Grußwort aus der Wirtschaft

Deutschland verfehlt seine Klimaziele, und zwar besonders im Verkehrssektor. Um die Ziele für das Jahr 2030 noch zu erreichen, müssten hier die Emissionen 14-fach so schnell sinken wie bisher. Dies kann nur gelingen, wenn deutlich mehr Verkehrsleistung auf klimafreundliche Verkehrsträger entfällt. So hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag die Erhöhung des Anteils des Schienengüterverkehrs auf 25 Prozent bis 2030 als Ziel definiert.

Doch dafür muss einiges geschehen. Die Branche und wir als VTG leisten mit innovativen Ansätzen unseren Beitrag: Von der digitalen automatischen Kupplung über technische Lösungen für die Verladung von nicht-kranbaren Trailern auf Güterzüge bis hin zu digitalen Tools für die Buchung und Steuerung von Schienenverkehren in Echtzeit – wir entwickeln uns in jedem Bereich weiter und optimieren Prozesse, damit die Schiene sich ideal in Logistikketten einfügt.



SVEN WELLBROCK

Chief Operating Officer Europe & Chief Safety Officer VTG GmbH

Es gibt aber in der Praxis noch einige Herausforderungen, die Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gemeinsam angehen müssen, wenn wir die Verkehrswende schaffen wollen. Darunter fallen etwa der Ausbau von Schieneninfrastruktur, Umschlagterminals und Gleisanschlüssen. Wichtig ist auch eine deutlich bessere Vernetzung aller beteiligten Akteur:innen – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern europaweit. Zum Beispiel beim Baustellenmanagement: Wenn Gleisbauarbeiten auf einer Seite der Grenze anstehen, sollte auf der anderen ebenfalls gearbeitet werden, damit spätere Streckensperrungen ausgeschlossen werden.

Grundsätzlich gilt: Ein Gegeneinander bringt uns nicht voran. Nachhaltige Lieferketten sind multimodal und kombinieren verschiedene Verkehrsträger unter Berücksichtigung ihrer Stärken. Die Schiene punktet etwa auf der Langstrecke: Große Gütermengen werden über tausende Kilometer klimafreundlich, sicher und zuverlässig von A nach B transportiert. Auf der Straße hingegen lässt sich die erste und letzte Meile vom Versender zum Verladebahnhof und von dort zum Empfänger gut abbilden. Alle Akteur:innen müssen daher gemeinsam definieren, was jetzt wirklich nötig ist und was jede:r Einzelne zum Gelingen beitragen kann. Der Grüne Wirtschaftsdialog ist ein überzeugendes Beispiel dafür, wie wir diesen Austausch intensivieren können, um gemeinsam an einer besseren und nachhaltigeren Zukunft zu arbeiten.

Partikularinteressen oder die ewig gleichen Streitereien helfen uns nicht weiter. Im Gegenteil. Wir müssen uns alle zusammen anstrengen, denn es geht um das Klima und damit um unserer aller Zukunft.



DR. ANNA CHRISTMANN MDB

Koordinatorin der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt und Beauftragte für digitale Wirtschaft und Start-ups im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Grußwort aus der Politik

Das Jahr 2022 markiert zweifellos eine Zäsur in der Art und Weise wie wir über unsere Zukunft nachdenken. Wir mussten viele Selbstverständlichkeiten zurücklassen, Strategien neu evaluieren und neue Prioritäten schnell und effektiv angehen. Der Bedarf an innovativen Ansätzen in Politik und Wirtschaft ist damit drängender denn je zuvor. Als Politiker:innen und Regierungsvertreter:innen ist es unsere Aufgabe, optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, um Innovationen zu fördern und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen.

Ein zentraler Hebel dabei ist, die Potentiale der Digitalisierung besser nutzbar zu machen. Das gilt für Wirtschaftsakteur:innen ebenso wie für die öffentliche Verwaltung. In den letzten Jahren hat uns die Corona-Pandemie erneut vor Augen geführt, wie zentral die Digitalisierung für die Bewältigung unserer gesellschaftlichen Herausforderungen ist. Die Digitalisierung ist aber zweifellos auch in anderen Bereichen, wie z. B. für die Energie- und Verkehrswende, von entscheidender Bedeutung.

Damit die Digitalisierung gelingt, haben wir im letzten Sommer die Digitalstrategie beschlossen und arbeiten nun an der Umsetzung. Für eine erfolgreiche digitale Transformation, die auch zu mehr Nachhaltigkeit führt, ist es wichtig, dass alle relevanten Akteur:innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam daraufhin arbeiten. Insbesondere die Rolle von Daten und der Datenökonomie wird immer wichtiger werden. Dazu planen wir u. a. derzeit die Gründung eines Dateninstituts, das zu einer besseren Datenverfügbarkeit beitragen soll. Für alle Digitalisierungsmaßnahmen gilt: Eine entschiedene und agile Umsetzung ist nun das oberste Gebot, um die Digitalisierung erfolgreich voranzutreiben.

Gleiches gilt, wenn es um die Förderung von Start-ups geht. Diese jungen Unternehmen spielen eine zentrale Rolle auf dem Weg in Richtung einer klimaneutralen und digitalen Wirtschaft. Wir müssen ein Umfeld schaffen, das es Gründer:innen einfacher macht, ihre neuen Technologien und Geschäftsmodelle zum Erfolg zu führen – auch im internationalen Kontext. Die zehn wichtigsten Handlungsfelder haben wir in der Start-up-Strategie identifiziert, dazu gehören u. a. bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Start-ups, effektivere Möglichkeiten zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung, besseren Datenzugang, die Stärkung von Reallaboren oder die gezielte Förderung von Gründerinnen.

Nicht zuletzt geht es bei Innovationen auch um Kooperation. Der Grüne Wirtschaftsdialog schafft Gelegenheiten, um im offenen Austausch zwischen Politik und Unternehmen gemeinsame Lösungsansätze für die ökologisch-soziale Transformation zu entwickeln. Diese Art von Offenheit ist zentral für alle Akteur:innen, denn die Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen – seien sie politischer, wirtschaftlicher oder ökologischer Natur – lassen sich viel schneller und effizienter meistern, wenn wir zusammenarbeiten: in der Regierungskoalition, in Europa und in globalen Allianzen.



Gemeinsam die Transformation gestalten

Brückenbauer zwischen Wirtschaft und Politik

Als parteiunabhängiger Zusammenschluss von Unternehmen und Personen setzen wir uns für eine bessere Verständigung und offene Kommunikation zwischen der Wirtschaft und der Politik im Allgemeinen sowie Entscheidungsträger:innen von Bündnis 90/Die Grünen im Besonderen ein. Dabei binden wir alle politischen Ebenen in die Gespräche ein: Bund, Länder, Kommunen, aber auch und ganz besonders Europa. Unternehmerische Entscheidungen unterliegen anderen Per-

spektiven und Zeithorizonten als politische. Als Brückenbauer zwischen Wirtschaft und Politik wollen wir Verständnis für politische und unternehmerische Beweggründe sowie Rahmenbedingungen für die ökologisch-soziale Transformation schaffen. Unser übergeordnetes Ziel ist und bleibt es, Maßnahmen für den Weg in eine umfassend nachhaltige Wirtschaftsweise konstruktiv-kritisch zu diskutieren, gemeinsam zu erarbeiten und Impulse für ihre Umsetzung zu geben.

Nachhaltiges Wirtschaften

Unter einer umfassend nachhaltigen Wirtschaft verstehen wir ein System, das nicht nur die endlichen Ressourcen unseres Planeten und die Notwendigkeit zur Erreichung der Klimaziele des Parisabkommens im Blick hat, sondern auch Verantwortung für die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen seiner Aktivitäten übernimmt. Im Mittelpunkt stehen für uns neben den ökologischen Gesichtspunkten daher auch die

Befähigung und die freie Entfaltung der Menschen, Chancengleichheit sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt. Die soziale Marktwirtschaft muss deshalb zu einer zukunftsfähigen, ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden. Wir erkennen darin ein Versprechen auf eine bessere Zukunft Aller – das treibt uns an.

Gezielte Projekte für konkrete Maßnahmen

Die Zukunft der Wirtschaft und vor allem der Produktion und ihrer Produkte muss nachhaltig, klimaschonend, ressourcen- und energieeffizient sein. Dazu wollen wir die Chancen von neuen Technologien, insbesondere der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz nutzen. Die ökologisch-soziale Transformation ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Wirtschaft,

Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten müssen. Als Grüner Wirtschaftsdialog sind wir eine Plattform für den dazu notwendigen Austausch und unterstützen so diesen Prozess. Hierfür haben wir strategische Schwerpunkte definiert, die wir weiterhin in unseren Dialogformaten bearbeiten, um somit zum Erfolg der Transformation beizutragen.

Vorstand



DR. THOMAS GAMBKE

Vorsitzender des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V.
Unternehmer und MdB a.D.



GABRIELE C. KLUG

2. Vorsitzende des Grünen Wirtschaftsdialogs e.V. | Rechtsanwältin |
Stadtkämmerin a.D. der Stadt Köln | Geschäftsführerin (bis 31. März 2023)



BERND GEILEN

Vorm. Stellv.
Vorstandsvorsitzender der ING-DiBa AG



ANNETTE HERING

Unternehmensleitung HERING GmbH & Co.
KG Verwaltungsgesellschaft



BARBARA HOFFMANN

Gesellschafterin und Geschäftsführerin 3D
GmbH Steuerberatungsgesellschaft



AMIR ROUGHANI

Gründer und CEO VISPIRON Gruppe



HEIDI SCHILLER

Vorm. Geschäftsführende Gesellschafterin der
Kaito Projekt GmbH



ROLAND SCHÜREN

Inhaber „Ihr Bäcker Schüren“ |
Geschäftsführer Ladepark Kreuz Hilden |
Geschäftsführer des Grünen Wirtschaftsdialogs
e.V. (ab 1. April 2023)



Beirat

JÖRG ASMUSSEN
Hauptgeschäftsführer
GDV

PROF. DR. LARS FELD
Leiter Walter Eucken Institut
Universität Freiburg

RALF FÜCKS
Geschäftsführ. Direktor
Zentrum Liberale Moderne

DR. MARGARETE HAASE
Mitglied des Aufsichtsrats
Fraport AG / ElingKlinger AG

SONJA JOST
Gründerin und CEO von
DexLeChem

SYLVIA LÖHRMANN
stellv. MP & M'in für Schule
und Weiterbildung NRW
a.D.

DR. FELIX MATTHES
Forschungskordinator
Energie- und Klimapolitik
Öko-Institut

DR. STORMY-A. MILDNER
Direktorin
Aspen Institute

DR. MARC-OLIVER PAHL
Generalsekretär Rat für
Nachhaltige Entwicklung
(RNE)

JOCHEN PARTSCH
Oberbürgermeister der
Stadt Darmstadt
(bis 2023)

FLORIAN RENTSCH
Vorstand Verband der
Sparda-Banken e.V.

DR. DIETER SALOMON
Hauptgeschäftsführer IHK
Südlicher Oberrhein

**MONIKA SCHULZ-
STRELOW**
Präsidentin FidAR e.V.

MICHAEL VASSILIADIS
Vorsitzender IG BCE

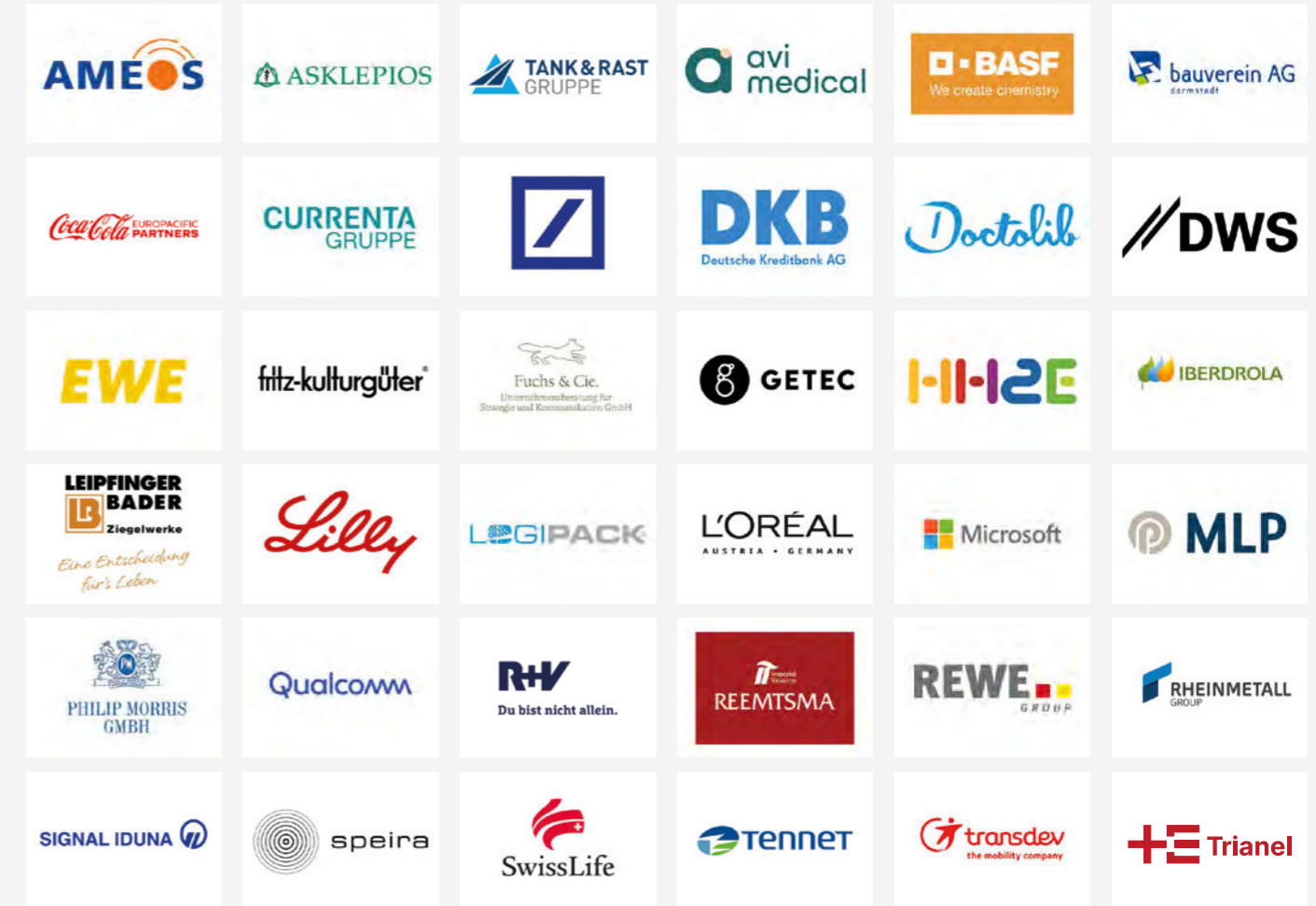
MARGARETA WOLF
Geschäftsführerin Kontext
Mitte, StS a.D. BMWi,
BMU

Fördermitglieder



79 FÖRDERMITGLIEDER + 61 ORDENTLICHE MITGLIEDER

Stand: 1. Januar 2023



Aktuelle Schwerpunktthemen



ENERGIE

INNOVATIVE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT
(IG)SECURITY & DEFENCE
(SECDEF)SUSTAINABLE FINANCE
(SUSFIN)LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG
(L&E)FORSCHUNG UND INNOVATION
(F&I)BAUEN/WOHNEN/
IMMOBILIENWIRTSCHAFT
(BWI)

MOBILITÄT

MODERNES REGIEREN
(MR)NEUE ARBEIT/NEUE QUALIFIKATION
(NANQ)MEDIEN-, KULTUR- &
KREATIVWIRTSCHAFT
(MKK)ROHSTOFFE, RESSOURCEN &
KREISLAUFWIRTSCHAFT
(RRK)

Dialogformate



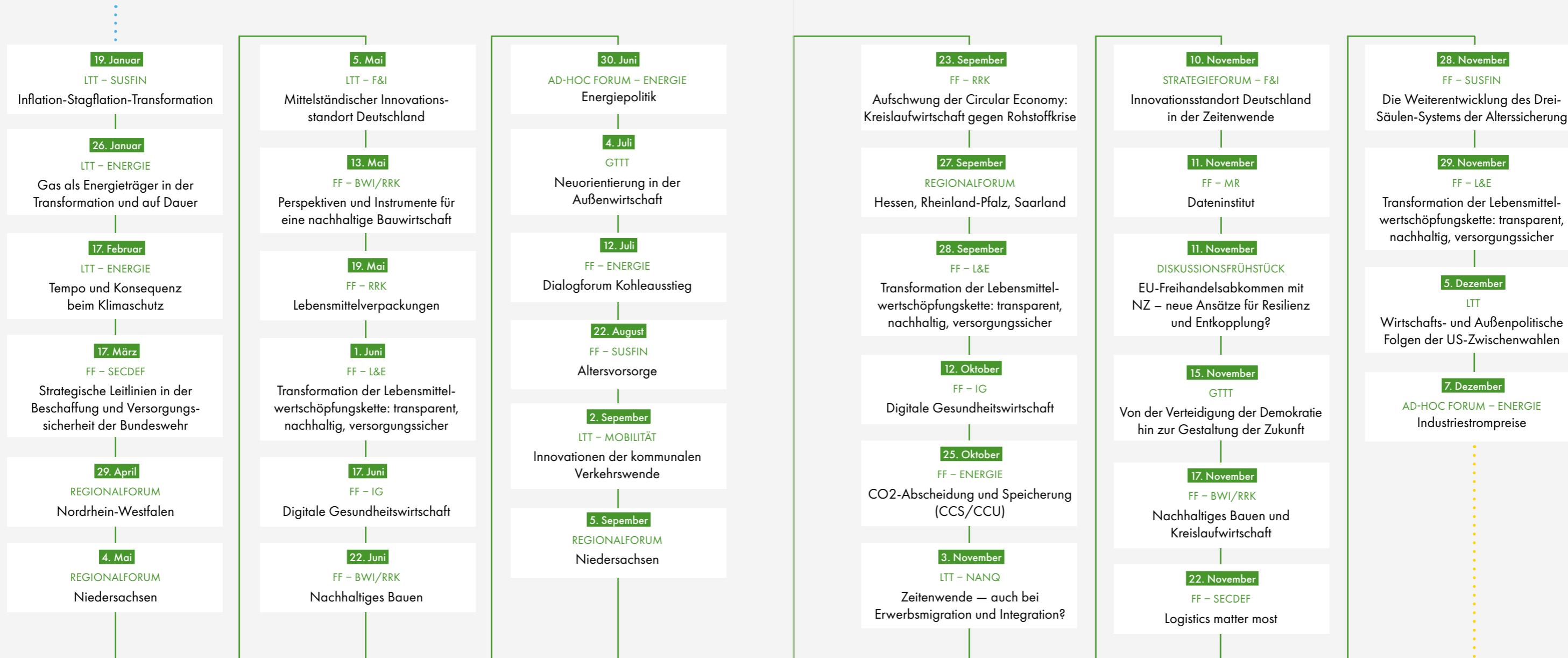
Im Grünen Wirtschaftsdialog arbeiten wir projektbezogen an konkreten Lösungen für komplexe Herausforderungen im Kontext der ökologisch-sozialen Transformation. Definierte Sach- und Zeitziele sowie ein strukturiertes Nachverfolgungsmanagement prägen unsere Methodik.

Zur Sondierung von Schwerpunktthemen wird zu **Strategiegesprächen (S)** eingeladen. Vorwiegend kommen unsere Mitglieder in regelmäßig stattfindenden **Fachforen (FF)** zusammen. Vertreter:innen aus der Wirtschaft sowie Politiker:innen von Bündnis 90/Die Grünen diskutieren hier im vertrauensvollen Rahmen klar umrissene Themen. Hier können auch Positions- oder Thesenpapiere sowie Handlungsempfehlungen entstehen und veröffentlicht werden. Fachforen finden bei kurzfristig drängenden Themen auch als **Ad-hoc-Foren (A)** statt.

Ein weiteres Format ist der regelmäßig und digital stattfindende **LunchTimeTalk (LTT)**, bei dem jeweils ein bis zwei Gäste zu einem bestimmten Fachthema geladen werden. Darüber hinaus organisiert der GWD Spezialformate wie den **Green-TeaTimeTalk (GTTT)**, bei dem herausragende Persönlichkeiten vor und mit geladenem Publikum themenübergreifend diskutieren.

Oftmals gibt es bei der Umsetzung von wirksamen Transformationsstrategien auf Landesebene unterschiedliche Herausforderungen. Daher bedarf es auch auf regionaler Ebene eines offenen Dialogs. Zu diesem Zweck haben sich unsere **GWD Regionalgruppen (RG)** gebildet.

Veranstaltungen



Regionalveranstaltungen



Der Ausbau der GWD-Strukturen in den einzelnen Bundesländern gehörte zu den strategischen Schwerpunkten des Jahres 2022. Die Aktivitäten der GWD-Regionalgruppe NRW, die 2021 begannen, haben sich im Laufe des Jahres weiter intensiviert. Gemeinsam mit **Mona Neubaur MdL**, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes NRW, stehen regionale Wirtschaftsvertreter:innen im Austausch zu einer ökologisch-sozialen Umgestaltung des Industriestandortes.

Im Mai fand zudem die Gründungsveranstaltung der GWD-Regionalgruppe Niedersachsen statt. Neben **Julia Willie Hamburg MdL**, stellvertretende Ministerpräsidentin Niedersachsens, haben wir dort die Landesvorsitzende Anne Kura, den wirtschaftspolitischen Sprecher der grünen Landtagsfraktion Detlev Schulz-Hendel MdL sowie Stefan Wenzel MdB begrüßt. Im September wurde der Austausch fortgesetzt. Zu den thematischen Schwerpunkten der Gruppe zählten insbesondere der Fachkräftemangel und damit die eng verbundenen Fragen von Aus- und Weiterbildung.

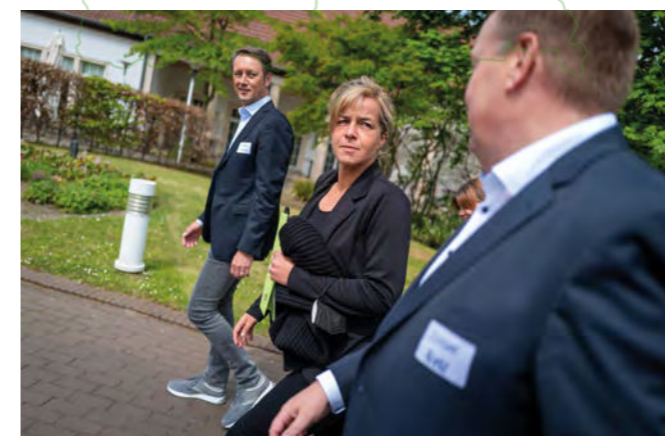
Ebenso neu gegründet wurde die GWD-Regionalgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland. Dazu kamen im September Vertreter:innen aus Wirtschaft und Politik in Frankfurt am Main zusammen, um über die Herausforderungen und Chancen der Transformation insbesondere für den Mittelstand zu diskutieren. Fragen rund um die Finanzierung der Transformation wurden ebenso behandelt wie der Fachkräftemangel, Lieferkettenprobleme und durch den Krieg in der Ukraine in die Höhe getriebene Energiekosten. Eine Keynote von **Dr. Philipp Nimmermann**, Staatssekretär im hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, wurde ergänzt durch Impulse der wirtschaftspolitischen Sprecher:innen der grünen Landtagsfraktionen aus Hessen und Rheinland-Pfalz, Kaya Kinkel MdL und Fabian Ehmann MdL. Des Weiteren stellten Unternehmen aus der Region ihre spezifische Sicht auf die Situation dar.

Die regionalen Aktivitäten werden 2023 fortgeführt und erweitert. Dialogveranstaltungen in Bayern finden bereits im ersten Quartal statt. Weitere Gruppen in ost- wie norddeutschen Bundesländern sind für 2023 in Planung.



Der klimaneutrale Umbau unserer Wirtschaft ermöglicht uns, heute die Grundlagen für den Wohlstand und die Sicherheit kommender Generationen zu schaffen. Dafür braucht es mutige Unternehmer:innen, die mit wegweisenden Ideen vorangehen und die nachhaltige Transformation aktiv gestalten. Der Grüne Wirtschaftsdialog bringt diese Menschen mit der Politik ins Gespräch – gerade für den bedeutenden Industrie- und Dienstleistungsstandort Nordrhein-Westfalen bietet dieser Austausch enorme Chancen.

*Mona Neubaur MdL, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie/
stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Bündnis 90/Die Grünen NRW*



GreenTeaTimeTalks

Nach über zwei Jahren pandemiebedingter Pause konnte am 4. Juli endlich unser zweiter GreenTeaTimeTalk mit dem Titel „Ein Handels- und Finanzsystem jenseits der WTO? Zur Neuorientierung in der Außenwirtschaft“ stattfinden.

Wir haben zum Panel-Talk eingeladen, um die Herausforderungen, die dieses hochaktuelle Thema mit sich bringt, von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Gleichzeitig ist es unser Ziel gewesen, Wege aufzuzeigen, wie ein resilientes internationales Handels- und Finanzsystem im Angesicht der aktuellen, aber auch zukünftiger Krisensituationen ausgestaltet werden kann. Als Panelist:innen konnten wir die Direktorin des Aspen Institute Deutschland **Dr. Stormy-Annika Mildner**, **Reinhard Bütikofer MdEP** und **Jörg Asmussen**, geschäftsführendes Präsidiumsmitglied und Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV), gewinnen.

Im Fokus standen mehrfach die Chancen und Möglichkeiten eines Plurilateralismus: Dieser beschreibt den Schluss von zwischenstaatlichen Abkommen mit diversen Partnerstaaten – diese Diversifizierung des Handels vermeidet einseitige Abhängigkeiten und verringert Klumpen-Risiken. Auch die enge Verflechtung zwischen Handels- und Finanzsystemen wurde zum Thema.

Das Thema Außenhandelspolitik wird der GWD 2023 auch im Rahmen von Fachforen stärker in den Fokus nehmen.



Am 15. November fand der GTTT zum Thema „Von der Verteidigung der Demokratie hin zur Gestaltung der Zukunft“ statt. Expertin für Nachhaltigkeitspolitik und Transformationsforschung sowie Mitbegründerin von Scientists4Future **Prof. Dr. Maja Göpel** und **Dr. Andreas Audretsch MdB**, Stellv. Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, teilten dabei ihre Expertise zu gesellschaftlichen Allianzen für die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in den Räumlichkeiten des PalaisPopulaire der Deutschen Bank.

Dabei wurden Bedingungen und Herausforderungen für ein Gelingen dieser Transformation unter verschiedenen Aspekten diskutiert: Wie überwinden wir die Widersprüche und Dichotomien in Gesellschaft und Wirtschaft zum Umbau? Welche Bilanzierungsformen bilden die wahren Kosten und Gewinne der Wirtschaft ab, wenn die Kosten für die Umwelt miteinbezogen werden sollen? Und zentral: Welche neuen Allianzen braucht es, um den Umbau zukunftsfähig zu gestalten, Bequemlichkeiten zu überwinden und (neuen) Wohlstand zu gewährleisten?



Aktuelle Schwerpunktthemen

Bauen/Wohnen/ Immobilienwirtschaft



Damit zukünftig der **gesamte Lebenszyklus** von Gebäuden betrachtet wird und nicht nur ihr temporärer Nutzungszustand, bedarf es eines Paradigmenwechsels: Der Gebäudebestand muss als **wertvolle Rohstoffquelle** erfasst werden, wodurch verbaute Materialien am Ende der Lebensdauer eines Gebäudes neu verbaut werden können.

Zur Gewährleistung der **Wirtschaftlichkeit** von zirkulärem Bauen braucht es neben klaren **regulatorischen Rahmenbedingungen** auch konkrete **ökonomische Anreize**, die kreislaufbewusstes Bauen sowie Gebäudesanierungen fördern und nicht notwendigem Neubau sowie Ressourcenverschwendung entgegenwirken.

Die **öffentliche Hand** muss als Bauherrin eine **Vorbildrolle** einnehmen und **Zirkularität** bei Ausschreibungen gesetzlich auf **allen politischen Ebenen** fest verankern.

Der Bau- und Gebäudesektor ist sowohl in Deutschland als auch in Europa einer der ressourcen- und energieintensivsten Wirtschaftsbereiche.

Der Bau- und Gebäudesektor ist sowohl in Deutschland als auch in Europa einer der ressourcen- und energieintensivsten Wirtschaftsbereiche. Derzeit werden 90% der in Deutschland abgebauten Mineralstoffe in Gebäuden verbaut, 55% der Abfälle in Deutschland sind auf den Bausektor zurückzuführen. Da nur etwa ein Drittel des Abfalls weiterverwendet wird

und dies häufig nicht im Sinne eines Re- sondern Downcyclings geschieht, sind die negativen Auswirkungen des Sektors auf die Umwelt massiv. Diese gilt es durch die Transformation des Sektors zu vermeiden. Eine zentrale Rolle dabei spielt die Etablierung kreislaufwirtschaftlicher Ansätze entlang der gesamten Wertschöpfungskette, um Ressourcenverbrauch mit innovativen Ansätzen zu reduzieren und die Umwelt zu schützen. Hierfür bedarf es angemessener Rahmenbedingungen und Anreize, welche die Wirtschaftlichkeit von kreislaufwirtschaftlichem Bauen gewährleisten und den Ansatz fest im Bausektor verankern.

Bericht zur Workshopreihe

Der Frage, wie der Kreislaufwirtschaftsgedanke im Bausektor in die Fläche gebracht werden kann, widmete sich der GWD im Rahmen einer Workshopreihe. Sie bot verschiedenen Akteur:innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik die Möglichkeit zum Austausch und mündete in einem unter der Federführung des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie verfassten Positionspapiers mit konkreten Handlungsempfehlungen. Der erste Roundtable-Workshop mit dem Titel „Zirkulärer Baustoffhandel und Wiederverwendung von Gebäudekomponenten“ befasste sich mit der langfristigen Perspektive von einzelnen Gebäudeteilen und wie man sie zur Wiederverwendung bereitstellen kann. Hierbei wurde klar, dass die Betrachtung des gesamten Lebenszyklus von Gebäuden und Materialien zur Norm werden muss. Gebäude dürfen nicht lediglich anhand ihrer kurz- oder mittelfristigen Nutzung bewertet, sondern ihre Bestandteile sollten umfassend erfasst und auch zum Ende Ihrer Lebenszeit als Rohstoffe betrachtet werden. Dadurch verändert sich die Wirtschaftlichkeit dahingehend, dass nachhaltigere Optionen, welche als teurer gelten, verhältnismäßig

günstiger und ihre Nutzung somit wirtschaftlicher würde. Ferner müssen die regulatorischen Bedingungen so angepasst werden, dass ein hochwertiges Recycling erleichtert und Downcycling verhindert wird. Letztlich bedarf es eines stärkeren Austauschs zwischen Politik, Bauwirtschaft, Planer:innen und Architekt:innen, denn der Kreislaufgedanke muss über den gesamten Konzeptions- und Bauprozess eines Gebäudes mitgedacht werden. Dabei ist insbesondere auch die Rückbaubarkeit von Gebäuden zu bedenken.

Der zweite Roundtable-Workshop „Sanierung – Verlängerung der Gebäudelebensdauer und nachhaltige Anpassung des Gebäudebestands“ nahm die Instandhaltung von Bestandsimmobilien in den Fokus. Sanierungen sind in Anbetracht des Lebenszyklus der Materialien in den meisten Fällen deutlich ressourcenschonender als Neubauten, jedoch rechnen sie sich unter aktuellen Parametern oft nicht. Hier muss die Politik aktiv werden, um den Bestand zu schützen und wirtschaftliche Anreize für tiefgreifende Sanierungen zu setzen. Chancen liegen hierbei in seriellen Sanierungskonzepten sowie Quartiersansätzen. Auch hier ist eine Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen erforderlich. Die von Architects for Future verfasste Musterumbauordnung setzt hier bereits einen wichtigen Impuls.



Das Positionspapier steht zum Download auf unserer Homepage

Basierend auf den Ergebnissen der beiden Roundtable-Veranstaltungen wurde das vom Wuppertal Institut verfasste Positionspapier von Vertreter:innen der Wirtschaft und dem GWD im vergangenen Oktober an Chris Kühn, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, übergeben. Bei der Veranstaltung wurden die Kernpositionen des Papiers anschließend in einem spannenden Austausch diskutiert. Dabei wurde auch die Schlüsselrolle der Politik im kreislaufwirtschaftlichen Transformationsprozess der Bauwirtschaft und die Vorbildrolle der öffentlichen Hand betont, die durch die Setzung von Standards bei öffentlichen Ausschreibungen eine Richtung vorgeben kann.

Auch in 2023 geht der Dialog weiter: Der GWD wird verstärkt das Thema der Nachhaltigkeit von Baustoffen in den Blick nehmen, sowie an den Fachforen des Vorjahres anknüpfen, unter anderem zum Thema kommunale Energieversorgungskonzepte.



Papierübergabe Bauen & Wohnen: Gabriele C. Klug, Chris Kühn MdB, Marina Fecke (IW)



Auftaktveranstaltung der Workshopreihe in Wuppertal geleitet von GWD-Vorständin Annette Hering

Bauen/Wohnen/ Immobilienwirtschaft

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



”

Es ist kein Widerspruch Wohnraum zu ermöglichen, die Umwelt zu schützen und den Flächenverbrauch einzudämmen. Dafür bedarf es der Nutzung von nachhaltigen und kreislauffähigen Baumaterialien sowie eines intelligenten und verantwortungsvollen Umgangs mit der Ressource Boden.

*StS Andrea Lindlohr Mdl, Staatssekretärin im baden-württembergischen
Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen*

“



”

Die beiden großen Themen Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft können nur durch Innovation, Baukompetenz und nicht zuletzt politischen Rückenwind erfolgreich umgesetzt werden. Wir liefern bereits heute energetische und nachhaltige Systemlösungen und Modulsysteme für den Wohn- und Objektbau und deren Sanierungen. Dabei entwickeln wir immer neue kreislauffähige und nachhaltige Produktlösungen.

Allerdings ist es für die Bauwirtschaft von existentieller Bedeutung, dass die öffentliche Hand mehr Planungssicherheit gewährt, Investitionszusagen einhält und unnötige Kostensteigerungen und Bürokratieaufbau vermeidet.

*Caterina Bader, Geschäftsleiterin Marketing & Unternehmenskommunikation /
CMO, Leipfinger-Bader GmbH*

“

”

Kommunen spielen bei der Kreislaufwirtschaft unter dem Aspekt Baustoffe eine zentrale Rolle. Zum einen, weil sie selbst als Bauherinnen auftreten und hier einen wichtigen Beitrag zur Ausrichtung auf eine zirkuläre Wirtschaft leisten können. Zum andern, weil sie in den administrativen Ebenen diejenigen sind, die unmittelbar und praxisnah sowohl in der politischen Diskussion als auch in der gesellschaftlichen Akzeptanz durch vorbildliche Performance wirken können. Wir in Wuppertal haben zudem den besonderen Vorteil, mit „Circular Valley“ eine Initiative und einen Accelerator für die Zukunftsaufgabe Kreislaufwirtschaft zu haben.

*Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Oberbürgermeister Wuppertal,
Bündnis 90/Die Grünen*

“



Sustainable Finance



1.

Unter Berücksichtigung der sicherzustellen Erfüllungen der langfristigen Rentenverpflichtungen sollten die **Anlagestandards** der „Aktienrente“ über das mittlerweile marktübliche ESG-Screening hinausgehen und **konkrete Nachhaltigkeitsziele** verfolgen, um somit direkt zum Erreichen der deutschen Klimaziele und der Sustainable Development Goals (SDGs) beizutragen.

2.

Im unabhängigen Nachhaltigkeitsbeirat, der die Anlagepolitik des „Aktienrente“-Fonds überwacht und weiterentwickelt, sollten auch **zivilgesellschaftliche und staatliche Umweltorganisationen** vertreten sein.

3.

Die Erwerbsbiographien heutiger Arbeitnehmer:innen sind nicht selten durch häufigere Arbeitsplatzwechsel geprägt. Vor diesem Hintergrund muss die **Portabilität** der betrieblichen Altersvorsorge erleichtert werden.

Der Schwerpunkt des Arbeitsfeldes Sustainable Finance lag im vergangenen Jahr auf dem Thema Altersvorsorge.

Die Finanzierung der ökologisch-sozialen Transformation und die Rolle des Finanzsektors beim Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bleibt ein zentrales und schwerpunktübergreifendes Thema in der Arbeit des Grünen Wirtschaftsdialogs.

Fachforum Altersvorsorge

Das Fachforum Altersvorsorge kam erstmals im Dezember 2020 zusammen, um die Zukunft und Weiterentwicklung des Alterssicherungssystems im Kreise von Vertreter:innen aus den Bereichen der Finanz- und Versicherungswirtschaft, Wissenschaft und Politik kritisch zu diskutieren. Dieser Dialog wurde 2022 fortgesetzt. Das umlagebasierte deutsche Rentensystem steht weiterhin vor massiven demografischen Herausforderungen. Um eine Stabilisierung des Rentenniveaus langfristig sicherstellen zu können, bedarf es einer grundlegenden Reform des Systems.

Nach einer Themenbesprechung im engen Kreis der GWD-Mitglieder im Mai, fand im August ein Austausch mit dem Leiter des Referats „Tragfähigkeit, Alterssicherung u. Demografie“ im Bundesministerium der Finanzen (BMF), Herrn Dr. Dönnebrink statt. Unter Moderation von GWD-Koordinator Sebastian Frevel wurde über mögliche Lösungen für die Herausforderungen des deutschen Alterssicherungssystems diskutiert. Es wurde deutlich, dass das Anbieten der Riester-Rente für viele Marktteilnehmer:innen nicht mehr darstellbar ist und einer grundlegenden Reform bedarf. Auch Anpassungen im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge, orientiert an internationalen Vorbildern, sind sinnvoll, um der neuen Arbeitsmarktrealität Rechnung zu tragen.



Im November kam das Fachforum zu einem weiteren Treffen zusammen. Gemeinsam mit dem Berichtersteller für Rentenpolitik der grünen Bundestagsfraktion Markus Kurth MdB, diskutierten die Teilnehmenden die Ziele und Prüfkriterien der vom BMF eingesetzten „Fokusgruppe private Altersvorsorge“. Aus grüner Sicht sei es zumindest irritierend, dass nach-

haltige Anlagekriterien mit Blick auf die Herausforderungen der Klimakrise im Katalog der Fokusgruppe nicht angesprochen werden, so Kurth. Dem Einsetzen eines öffentlich-rechtlichen Bürgerfonds nach Vorbild des grünen Wahlprogramms standen viele Teilnehmende aus wettbewerbsrechtlichen Gründen kritisch gegenüber.

Ausblick

Die Pläne der Ampelkoalition für das Jahr 2023 beschränken sich voraussichtlich auf die Aktien- und Betriebsrente, sowie die geplante Pflicht zur Altersvorsorge für Selbständige. Damit ist auch in diesem Jahr kein großer Wurf in Richtung Rentenreform zu erwarten. Der GWD wird die Entwicklungen weiter kritisch begleiten und im Austausch mit Mitgliedern und Politik Lösungsansätze erarbeiten. Weitere Themen im Arbeitsfeld Sustainable Finance sind außerdem Kryptowährungen und der digitale Euro sowie europäische ESG-Kriterien für Finanzprodukte.

Sustainable Finance

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



Die Regierungskoalition möchte Deutschland zum führenden „Sustainable Finance“ Standort machen. Das bedeutet: Geld und Finanzen sollen dynamische Ermöglicher sein für unsere zukunftsfähige Wirtschafts-, Klima- und Sozialpolitik. Dafür braucht es bessere Rahmenbedingungen und Anreizstrukturen im Finanzsektor und im Wirtschaftssystem insgesamt.

Katharina Beck MdB, Leiterin der AG Finanzen, Bündnis 90/Die Grünen



Die Reform der Renten-, Pensions- und Altersvorsorgesysteme ist vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges politisch und medial in die zweite Prioritätenebene „gerutscht“. Die demografische Entwicklung und auch die zur Entstehungszeit des Koalitionsvertrages nicht absehbare Inflationsentwicklung erhöhen den Handlungsdruck. Jedes Jahr ohne Reform erschwert eine politisch und finanziell tragbare Lösung. Als GWD werden wir auch in 2023 den Dialog zwischen politischen und unternehmerischen Akteur:innen forcieren, um gangbare Handlungsoptionen zu entwickeln.

*Bernd Geilen, Vorstandsmitglied, Grüner Wirtschaftsdialog e. V. /
Vorm. Stellv. Vorstandsvorsitzender, ING-DiBa AG*



Schon heute gibt es bei jungen Menschen einen Wandel bei der Altersvorsorge. Sie gehen immer weiter weg von klassischen Produkten wie zum Beispiel der Riester-Rente und hin zu Aktien, Fonds und ETF-Sparplänen, teilweise bewusst und explizit mit einem Fokus auf Nachhaltigkeit. Diesen Trend sollte man durch eine staatliche Anerkennung und Förderung von langfristig angelegten Wertpapiersparplänen unterstützen und nutzen. Statt gefühlte Hürden oder neue, komplizierte Altersvorsorgeprodukte zu schaffen, gäbe es so weiteren Schwung für diesen leicht zugänglichen Weg der Altersvorsorge.

Jens Döbbelin, Leiter Verbindungsbüro Berlin, Deutsche Kreditbank AG



Landwirtschaft & Ernährung



1.

Konsument:innen können durch ihr Kaufverhalten die Nachhaltigkeitstransformation in der Ernährungs- und Landwirtschaft unterstützen, was allerdings eine erheblich transparentere und vollständigere **Kennzeichnung der Produkte** z. B. durch Verwendung von Siegeln voraussetzt. Gleichwohl spiegeln Lebensmittel durch Subventionen und externe Effekte nicht die „wahren Preise“ ihrer Herstellungskosten wider. Zusätzliche Transparenz durch mehr Informationen wird marktwirtschaftliche Instrumente daher lediglich ergänzen, aber nicht ersetzen können.

2.

Volatile Preise, Krisenentwicklungen und die notwendigen Veränderungen der Transformation setzen viele Familienbetriebe in der Landwirtschaft unter hohen Druck. **Faire marktwirtschaftliche Bedingungen** bedeuten deshalb ein stärkeres Mittragen von ökonomischen Risiken durch Akteur:innen in der Wertschöpfungskette.

3.

Seit mehreren Jahren wird eine stärkere **Wertschätzung für Lebensmittel** gefordert – und im Laufe der Zeit haben immer mehr Verbraucher:innen eine Leidenschaft für Lebensmittel und Kulinarik entdeckt, sodass dieser Trend durch die Akteur:innen in der Wirtschaft und der Politik stärker genutzt werden sollte.

Die Nachhaltigkeitstransformation stellt die Agrar- und Ernährungswirtschaft wie die Politik vor erhebliche Herausforderungen.

Gesellschaftlich wird über den notwendigen Umbau der Agrar- und Ernährungswirtschaft heftig gestritten. Wachsende Nachhaltigkeitsansprüche der Verbraucher:innen gehen nicht automatisch mit einer ausreichenden Mehrzahlungsbereitschaft einher.

Fachforum Ernährungswirtschaft

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, Inflation und häufiger auftretende Naturkatastrophen verstärken die Herausforderungen und Unsicherheiten für die Ernährungsbranche. In Zeiten multipler Krisen ist es besonders wichtig, effektive und effiziente Lösungen für die drängenden Nachhaltigkeitsprobleme zu entwickeln – also Lösungen, die den notwendigen Wandel zu mehr Nachhaltigkeit beschleunigen und für die Wirtschaft anschlussfähig sind. Gleichzeitig ist eine Politik notwendig, die Zukunftsängste von Bürger:innen und Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft gleichermaßen berücksichtigt und Lösungskonzepte bietet, die eine breite Akzeptanz finden.

Das GWD-Fachforum Ernährungswirtschaft zielt auf die Stärkung des Angebots nachhaltigerer Lebensmittel ab, die eine gesunde und ausgewogene Ernährung ermöglichen und für die Akteur:innen entlang der Wertschöpfungskette mit einer fairen Lastenverteilung verbunden ist. In drei moderierten Diskussionsrunden der Veranstaltungsreihe „Transformation der Lebensmittelwertschöpfungskette: transparent, nachhaltig, versorgungssicher“ wurden im Jahr 2022 aktuelle Herausforderungen mit Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette erörtert. Die Teilnehmenden der Veranstaltungsreihe unterstützten trotz der aktuellen Marktverwerfungen nachdrücklich die Transformationsnotwendigkeit und haben sich eingebracht, um Lösungsbeiträge von privatwirtschaftlichen Akteur:innen und notwendige politische Rahmenbedingungen zu diskutieren. Drei zentrale Themenschwerpunkte standen dabei im Fokus:



Fairness in der Wertschöpfungskette

- ✓ Nachhaltigkeitslasten verteilen
- ✓ Partnerschaftliche Lösungen
- ✓ Verlässliche Rahmenbedingungen



Regionale Ernährungskultur

- ✓ Regionale Ernährungssysteme stärken
- ✓ Sichtbarkeit im Markt verbessern
- ✓ Kulinarische Kompetenzen



Orientierung für Verbraucher:innen

- ✓ Funktionierende Labels
- ✓ Verhinderung von Greenwashing
- ✓ „Wahre“ Preise auf den Weg bringen



Impressionen aus dem Fachforum Ernährungswirtschaft u. a. mit Prof. Dr. Achim Spiller, Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Ophelia Nick MdB, Dr. Anne Monika Spallek MdB und GWD-Vorstand Roland Schüren

Landwirtschaft & Ernährung

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT, POLITIK UND WISSENSCHAFT



Im Fachforum Ernährungswirtschaft des Grünen Wirtschaftsdialogs erleben wir das gemeinsame Diskutieren in Bezug auf tragfähige Lösungen für eine zukunftsfähige Agrar- und Ernährungswirtschaft als konstruktiven Austausch zwischen Politik und Wirtschaft. Gerade das gemeinsame Anliegen, die Tierhaltung in Deutschland nachhaltig hin zu mehr Tierwohl umzugestalten, kann von diesem Dialog nur profitieren.



Dr. Leif Balz, Agrar & Ernährung, Hauptstadtrepräsentanz, Schwarz Gruppe



Die Nachhaltigkeitstransformation der Agrar- und Ernährungswirtschaft ist eine riesige Herausforderung. Der Lebensmitteleinzelhandel wird darin aufgrund seiner Stärke in der Food Chain eine herausgehobene Rolle einnehmen, die aus meiner Sicht besser mit der Agrar- und Ernährungspolitik verzahnt werden sollte. Spannend beim Workshop war, dass der Handel ein großes Commitment für landwirtschaftliche Vielfalt in Deutschland hervorgehoben hat.

Prof. Dr. Achim Spiller, Professor für Agrarökonomie, Georg-August-Universität Göttingen



Die Einführung einer Steuer auf vermeintlich weniger nachhaltige Produkte, wie z. B. Fleisch, würde den Fortschritt in diesen Produktkategorien abwürgen. Welcher Unternehmer wird entlang der Wertschöpfungskette in nachhaltige Haltungsformen und Technologien investieren, wenn sein Produkt unabhängig von der erbrachten Nachhaltigkeitsleistung durch eine pauschale Steuer diffamiert wird? Eine Ausweitung des Zertifikathandels auf weitere Umweltaspekte würde hingegen einen marktwirtschaftlichen Anreiz hin zu einer nachhaltigeren Ausrichtung der Lieferkette bieten.

Dr. Wolfgang Kühnl, Geschäftsführender Gesellschafter, InFamily Foods Holding GmbH & Co. KG



Unser heutiges Ernährungssystem ist wesentliche Ursache vieler Krisen – für die Klima- und Umweltkrise genauso wie auch für das Höfesterben, die Gesundheitskrise (Adipositas, etc.) sowie die Hungerkrise. Es macht uns Menschen und den Planeten „krank“. Mit der von der EAT-Lancet erarbeiteten „Planetary Health Diet“ könnten zehn Milliarden Menschen gesund ernährt werden, ohne die planetaren Grenzen zu überschreiten. Dafür müsste sich der Konsum von Hülsenfrüchten, Obst, Gemüse und Nüssen verdoppeln, der von Fleisch und Zucker halbieren. Gleichzeitig müssen Lebensmittel nach ökologischen Standards angebaut werden. Das ist eine große Herausforderung. Mit der Ernährungsstrategie wollen wir in der Bundesregierung jetzt dafür den Rahmen setzen. Die Ernährungsumgebung muss dabei so gestaltet werden, dass es für die Menschen leicht ist, sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Mehr regionale, saisonale, gesunde und möglichst ökologisch erzeugte Lebensmittel in der Gemeinschaftsverpflegung für alle „bezahlbar“ und lecker, das ist mit der größte Hebel für die Ernährungswende und damit auch für eine zukunftsfähige bäuerliche Landwirtschaft. Denn jeder Hof, jede Handwerksbäckerei und jede Mühle zählt.

Dr. Anne Monika Spallek MdB, Bündnis 90/Die Grünen



Mobilität



Es braucht einen **Paradigmenwechsel** weg von einer Automobil-zentrierten Ausrichtung der Infrastruktur hin zu einer **intermodalen Mobilität**. Dabei steht der **ÖV im Zentrum** und wird wesentlich durch attraktive Angebote wie Sharing (Auto, Roller, Fahrrad), Fahrradverkehr und nicht zuletzt Fußverkehr ergänzt. Gamechanger wird aber das autonom fahrende „kleine Gefäß“ (=Auto) sein. Der Ausbau der Infrastruktur muss dies bereits berücksichtigen.

Neben ökologischen Faktoren muss auch die soziale Teilhabe bei der Umsetzung der Verkehrswende stets mitgedacht werden. Aspekte wie **behindertengerechte Infrastruktur** oder eine flächendeckende **Anbindung** an den ÖPNV in **Stadt und Land** sind hier unerlässlich.

Die zielgerichtete Umsetzung der Verkehrswende erfordert eine konsequente Anwendung der vorhandenen **technologischen Möglichkeiten** und innovative Konzepte. Hierzu zählen etwa **vernetzte Mobilitätsplattformen**, Infrastruktur für die E-Mobilität oder auch der notwendige Ausbau der **erneuerbaren Energien** und deren „smarte“ Nutzung. Hierzu fehlt es unter anderem an entsprechenden politischen Rahmensetzungen etwa im Bereich der Investitionssicherheit und gesicherten Umsetzungsmöglichkeiten.

Der Mobilitätssektor wurde im Jahr 2022 primär von der großen Frage der zukunfts- und wettbewerbsfähigen Antriebslösungen – Strom, Wasserstoff oder E-Fuels – beherrscht.

Auch durch den Regierungswechsel ist viel Bewegung in die Debatte um die politischen Weichenstellungen für Mobilitätskonzepte der Zukunft, die auf dem Weltmarkt bestehen können, gekommen. Diese Thematik zog sich entsprechend als roter Faden durch das Programm des Fachforums.

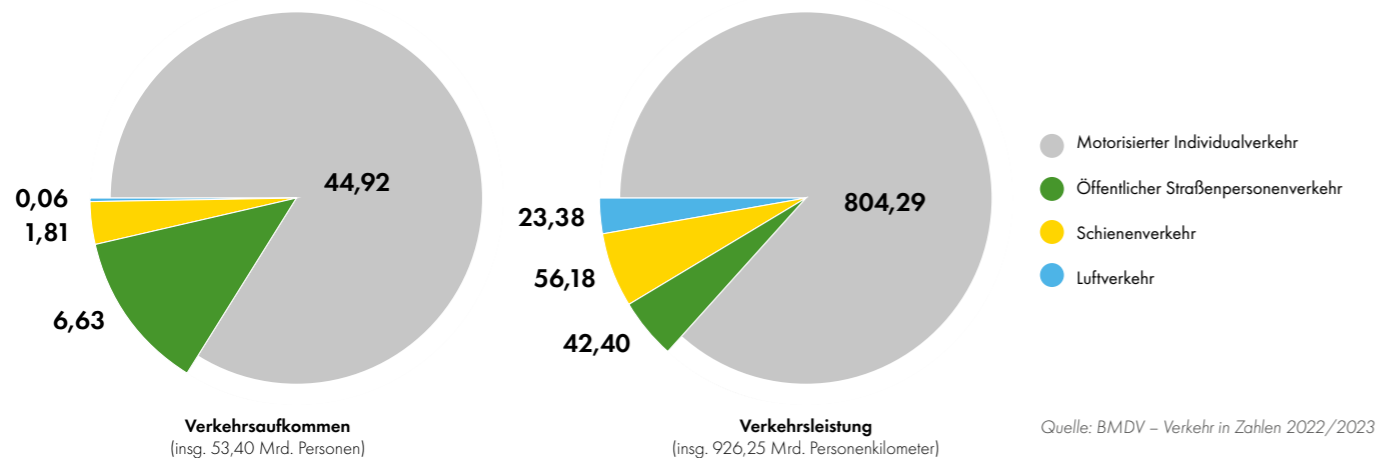
Fachforum Mobilität

Die Vielzahl der behandelten und diskutierten Aspekte geht aber weit darüber hinaus: Die Verkehrswende wird bestimmt durch ökologische und soziale Ziele, gesellschaftliche Veränderungsprozesse, etwa Online-Shopping und Homeoffice, sowie tiefgreifende technologische Entwicklungen. Zu Letzterem gehören digitale Plattformen und Anwendungen künstlicher Intelligenz, Elektroantriebe, grüne flüssige und gasförmige Treibstoffe, sowie zukünftig auch autonome Fahrzeuge. Die technologischen Möglichkeiten zur Erreichung der Ziele werden mit Blick auf die Zeitachse jedoch nicht ausreichend genutzt. Dazu fehlt es insbesondere an entsprechenden politischen Rahmensetzungen. So könnten vernetzte Mobilitätsplattformen, eine ausreichende Infrastruktur für die Elektromobilität oder auch der notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien und deren ‚smarte‘ Nutzung schon heute in viel

stärkerem Maße umgesetzt sein. Hierfür benötigt es jedoch Investitionssicherheit und gesicherte Umsetzungsmöglichkeiten, an welchen eine zügige Umsetzung der Mobilität von morgen immer noch zu häufig scheitert.

Zudem müssen viele Unternehmen der Mobilitätsbranche die Transformation ihres Unternehmens anpacken, da bestehende fossilbasierte Antriebstechnologien obsolet werden. Dies gilt auch und gerade für den Bereich LKW/Lastentransporte. Oft fehlen jedoch die Konzepte – auch vor dem Hintergrund ausreichender Fachkompetenz. Darüber hinaus müssen Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Kostentragung verschiedener Verkehrsanbieter veränderten Strukturen angepasst werden.

Verkehrsaufkommen und Verkehrsleistung im motorisierten Personenverkehr nach Verkehrsbereichen 2021



LunchTimeTalk: Innovationen der kommunalen Verkehrswende

Im Rahmen eines LunchTimeTalks am 2. September mit Nyke Slawik MdB, stellvertretende Vorsitzende des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages, sowie dem Mobilitätsforscher Prof. Dr. Heiner Monheim widmete sich das Fachforum Mobilität innovativen Konzepten der kommunalen Verkehrswende.

Einige Ergebnisse aus dieser Veranstaltung: Mobilität, wie sie heute betrieben wird, ist nicht zukunftsfähig. Die Automobilzentrierte Ausrichtung der Verkehrsinfrastruktur verschließt große Flächen in Ballungszentren und sorgt für eine erhöhte Luft- und Lärmbelastung. Der Ausbau des ÖPNV wird das zentrale Rückgrat der Verkehrswende bilden. Dazu müssen unzeitgemäße Subventionsmittel (60 Mrd. € pro Jahr, welche umweltschädliche Technologien fördern) dringend abgebaut und ein Mobilitätsplan aufgesetzt werden, welcher Städten und Kommunen mehr Entscheidungsfreiräume gibt, beispielsweise in Hinblick auf Tempolimits und Verbrenner-freie Innenstädte.

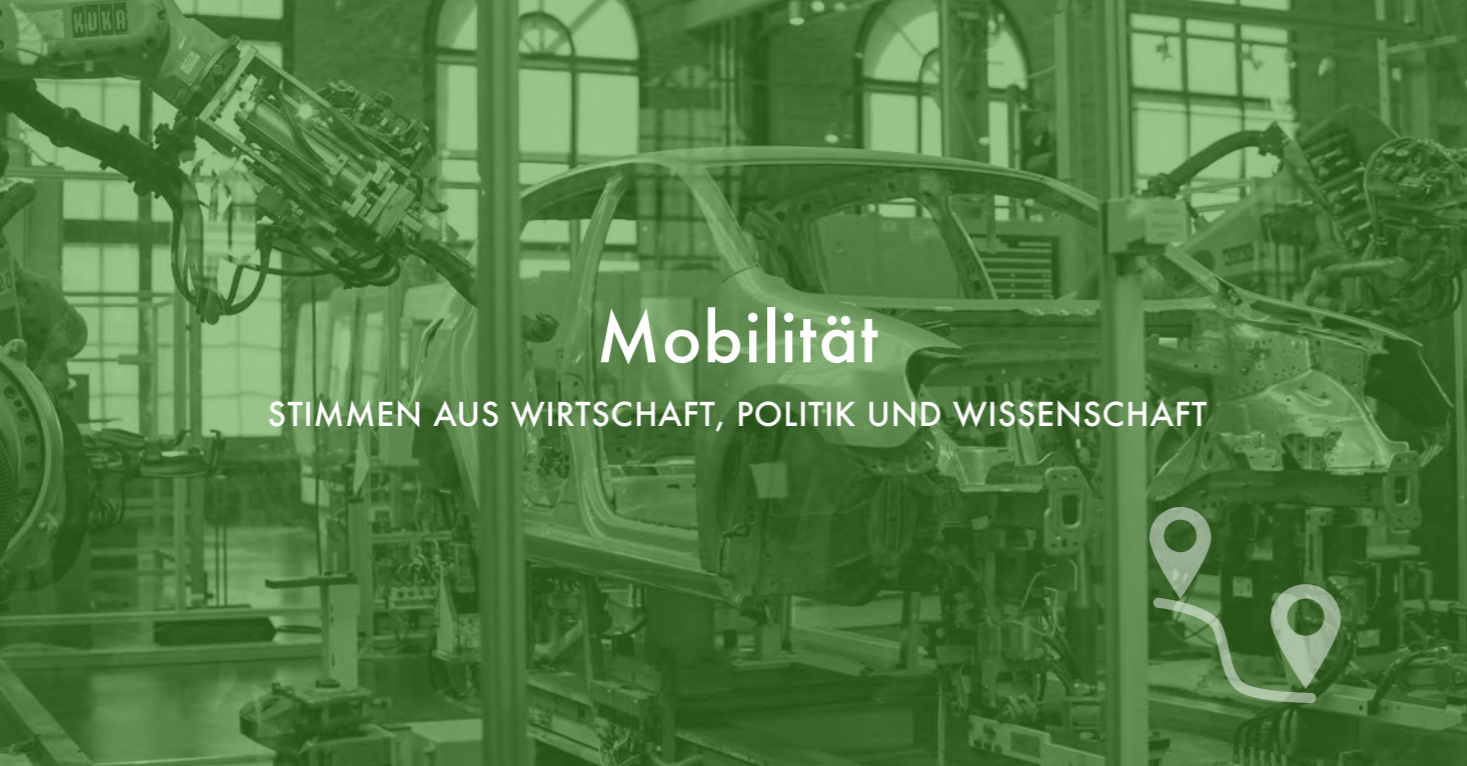
Die Multimodalität – die Einbindung von Mobilitätsstationen, Sharing, On-Demand-Angeboten, des autonomen Fahrens etc. – wird ebenso eine wichtige Rolle in der Weiterentwicklung des ÖPNV spielen.

In der digitalen Diskussionsrunde wurde zudem die Notwendigkeit einer ökologisch-sozialen Verkehrswende betont. Dabei geht es nicht nur um die immense Tragkraft hinsichtlich der im Verkehr verursachten CO2-Emissionen, sondern auch explizit um soziale Teilhabe. Neben einem dichten ÖPNV-Netz wurden daher auch der behindertengerechte Ausbau von Bahnhöfen und Stationen, sowie Modelle für mehr Sicherheit, insbesondere bei Nacht, thematisiert. Darüber hinaus bedeutet ein günstiger ÖPNV mehr Mobilität für einkommensschwache Haushalte.

Ausblick

Das Themenfeld Mobilität des GWD stellt sich für das Jahr 2023 thematisch insbesondere den interdisziplinär ausgeprägten Herausforderungen der Verkehrswende. Neben den Aspekten des Personenverkehrs muss auch der Güterverkehr

viel stärker berücksichtigt werden, da er sowohl mit Blick auf die Klimawende als auch die hohe Belastung der Infrastruktur von Straße und Schiene eine hohe Bedeutung hat. Zudem wird das Thema Digitale Mobilität weiterhin im Fokus stehen.



Mobilität

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT, POLITIK UND WISSENSCHAFT



Der ÖPNV war bereits vor der krisenbedingten Inflation systematisch unterfinanziert. Mit der beschlossenen Erhöhung der Mittel des Bundes an die Länder wird dem zwar entgegengewirkt, allerdings wird meiner Meinung nach noch viel zu viel Geld in autozentrierte Infrastruktur investiert. Das Geld ist da, es muss nur umverteilt werden. Zum Beispiel durch die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen und die Umverteilung von Geldern von der Straße zur Schiene und zum ÖPNV. Mit einem ambitionierten Ausbau, fairen Arbeitsbedingungen, einer verlässlichen Taktung und der Einbindung anderer Mobilitätskonzepte kann ein großer Schritt Richtung nachhaltige Mobilitätswende gemacht werden!

Nyke Slawik MdB, Bündnis 90/Die Grünen



Mobilität war eines der Top-Themen im Jahr 2022 – trotz Zeitenwende. Funktionierende nachhaltige Mobilität begeistert die Menschen und nicht zuletzt das 9€-Ticket hat Appetit auf mehr geweckt. Das abgelaufene Jahr hat aber auch die Herausforderungen der Branche deutlich gemacht: Personalengpässe, Innovationsstau, Infrastrukturmängel und nicht zuletzt ineffiziente Verbundstrukturen. Hier sehe ich auch die größte Chance im Jahr 2023: Dass eine grundlegende ÖPNV-Reform Wettbewerb, Qualität und Innovation im deutschen Nahverkehr steigert.

Martin Becker-Rethmann, CEO Germany, Transdev Group S.A



Die Möglichkeiten des Digitalen sind im Verkehr, insbesondere im öffentlichen Verkehr noch gar nicht angekommen. Wir betreiben Busse und Bahnen in einer Art und Weise, als wären wir noch im Zeitalter des Schwarzweißfernsehers mit drei Programmen. War auch alles schön zu seiner Zeit, heute leben wir aber anders. Die enge Verfilzung zwischen Bestellern, Erstellern, Zweckverbänden und Verkehrsverbänden erdrückt jedes kleine digitale Pflänzchen schon im Keim. Das müssen wir ändern. Das können wir ändern.

Prof. Dr. Andreas Knie, Leiter der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH



Energie



1.

Die durch den Gasmangel hervorgerufenen hohen Strompreise stellen für die deutsche Industrie eine große Belastung dar. Die Bemühungen des BMWK, ein **nachhaltiges Industriestrompreismodell** zu entwickeln, müssen im kommenden Jahr mit Nachdruck vorangetrieben werden.

2.

Die **Wasserstoff- und Kohlenstoff-Strategien** der Bundesregierung sind wichtige Bestandteile für den Ausbau einer neuen Energieinfrastruktur. Die **Integration** dieser neuen grünen Energieträger muss **ganzheitlich** gedacht werden, gleichzeitig ist es Ziel, die Skepsis in der Zivilgesellschaft gegenüber Themen wie Kohlenstoffspeicherung durch einen faktenbasierten Dialog abzubauen.

3.

Die Abhängigkeit Deutschlands von Drittstaaten umfasst zahlreiche Technologien, die zur erfolgreichen Gestaltung der Energiewende benötigt werden. Vor diesem Hintergrund sollte die **inländische Förderung wichtiger Zukunftsindustrien**, wie etwa die Solarbranche, wieder zu einer Priorität unserer Energiepolitik werden.

Mit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 rückte die sichere Versorgung mit Energie ins Zentrum deutscher und europäischer Politik.

Mehr denn je zeigte sich, wie wichtig der schnelle und koordinierte Ausbau erneuerbarer Energien nicht nur für die Erreichung der deutschen Klimaziele, sondern auch aus geopolitischer Sicht ist. Für eine nachhaltige Energieversorgung muss es gelingen, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und die Kostenspirale zu bremsen.

Ad-hoc Forum Energiepolitik

Am 30. Juni lud der GWD Vertreter:innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu einem digitalen Ad-hoc Forum ein, welches zwei thematische Schwerpunkte hatte: Zunächst wurden die Chancen und Hürden für "Carbon Capture and Usage/Storage" (CCU/S) debattiert. Dabei wurde insbesondere betont, dass eine ambitionierte CO₂-Bepreisung (CO₂-Preis im niedrigen dreistelligen Bereich) unabdingbar ist, um die derzeitige Wirtschaftlichkeitslücke für CO₂-Nutzung und Speicherung zu schließen. Es müsse in Deutschland kurzfristig eine konkrete Debatte zum Einsatz von CCU/S geben und ein klarer Rechtsrahmen für diese Technologie geschaffen werden.

Der zweite thematische Fokus der Veranstaltung lag auf dem Ausbau von LNG-Infrastruktur. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine führte zwangsläufig zu einer Neubewertung der energie- und sicherheitspolitischen Lage in Deutschland. Für eine verringerte Abhängigkeit von russischem Gas ist der Ausbau von LNG-Infrastruktur unverzichtbar. Der Diskussionskreis unterstrich zudem, dass die langfristige Nutzung (Stichwort Umrüstung) der Infrastruktur bei dem Ausbau mitgedacht werden müsse. Um Investitionssicherheit zu garantieren, ist diesbezüglich eine zeitliche und technische Verbindlichkeit der politischen Rahmenbedingungen entscheidend.

Dialogforum Kohleausstieg

Die komplexen Herausforderungen auf dem Weg zum Kohleausstieg sind eine Problematik, der sich der Grüne Wirtschaftsdiallog bereits seit dem Abschlussbericht der Kohlekommission 2019 im Rahmen verschiedener Veranstaltungen gewidmet hat. Am 12. Juli wurde der Dialog mit Vertreter:innen aus Wirtschaft und Politik fortgesetzt: Die Teilnehmer:innen des Forums diskutierten, ob und in welcher Form die im Koalitionsvertrag vorgesehene „Errichtung einer Stiftung oder Gesellschaft, die den Rückbau der Kohleverstromung und die Renaturierung organisiert“ umgesetzt werden könnte.



Ad-hoc Forum Industriestrompreis

Am 7. Dezember kamen zahlreiche Vertreter:innen aus deutschen energieintensiven Industrien in einem digitalen Ad-hoc Forum zusammen, um die Notwendigkeit eines bezahlbaren Industriestrompreises zu diskutieren. Ziel der Veranstaltung war es den Sorgen und Nöten der Unternehmen in der Energiekrise einen Raum zu geben, sowie die Bundesregierung in dem Bereich zu informieren. Die Teilnehmenden sprachen sich für eine Weiterentwicklung des europäischen Temporary Crisis Frameworks sowie die rasche Entwicklung eines Industriestrompreismodells aus.



Ausblick

Ein konstruktiver Dialog zwischen Energiewirtschaft und Politik bleibt auch 2023 unerlässlich, um den Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam zu begegnen, effektivere Rahmenbedingungen zu schaffen und die ökologisch-soziale Transformation der deutschen Wirtschaft voranzutreiben. Vor dem Hintergrund der immensen energiepolitischen Herausforderungen in Deutschland und Europa plant der GWD daher auch 2023 eine Vielzahl von Veranstaltungen und Diskussionsformaten. Schwerpunkte sollen dabei weiterhin auf der energieintensiven Grundstoffindustrie sowie dem Thema CCU/S liegen. Darüber hinaus werden derzeit auch weitere neue Fachforen konzipiert, wie zum Beispiel zum Thema Photovoltaik und der regionalen Energiewende.

”

Es muss höchster Wert darauf gelegt werden, dass der Emissionshandel in der EU weiterentwickelt und scharfgestellt wird. Geschieht dies nicht, so ist dem Lobbyismus durch immer wiederkehrende unübersichtliche Diskussionen Tür und Tor geöffnet, etwa im Zuge der Weiterentwicklung der Taxonomie. Es wird ohne einen wirksamen Emissionshandel nicht zu verhindern sein, dass nationale Interessen oder auch die Interessen spezifischer Industrien diese Positivlisten determinieren oder zumindest beeinflussen.

Prof. Dr. Veronika Grimm, Professorin für Volkswirtschaftslehre, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung





Energie

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



”

Wir müssen uns einen Ruck geben in Sachen Transformation. Allzu oft und allzu lange sind in der Industrie Investitionen verschleppt worden, weil zum einen die Roadmap zur Klimaneutralität unklar war und zum anderen Ausweichalternativen einen leichteren Weg vorgaukelten. Ohne ein entschlossenes Gegensteuern wird die aktuelle Krise diese Untätigkeit noch befördern. Die Beschäftigten in unseren Branchen fordern deshalb jetzt den großen Wurf, der eine pragmatische und klimagerechte Modernisierung mit Zukunftssicherung ihrer Arbeitsplätze verbindet. Das ist ihr Verständnis von Zeitenwende, dafür wollen sie sich mit voller Kraft einsetzen. Doch dafür braucht es eine Politik des Möglichmachens. Es braucht privates Kapital, das klimafreundliches Investieren tatsächlich ernst nimmt und nicht zuletzt Arbeitgeber, die ihrer Verantwortung für Standorte und Belegschaften annehmen und etwas unternehmen. Nur als Vorreiter der industriellen Transformation haben wir langfristig eine Chance im internationalen Wettbewerb.

Michael Vassiliadis, Vorsitzender, IGBCE

“

”

Der Einklang von Energiesicherheit und Klimaschutz ist eine der großen Aufgaben für eine moderne Wirtschaft! Dafür brauchen wir den schnellen Hochlauf von grünem Wasserstoff und den entschiedenen Ausstieg aus klimaschädlichem Erdgas.

Lisa Badum MdB, Bündnis 90/Die Grünen

“



© Iris Stempfle

”

Verlässliche politische Rahmenbedingungen und ein intelligentes europäisches Rohstoff- und Lieferkettenmanagement sind alternativlos für das Gelingen der Energiewende. Die ambitionierten EE-Ausbauziele der Regierung sind genau der richtige Schritt. Für die schnelle Umsetzung sollten wir nun die Maßnahmen bis auf die kleinste Ebene runterbrechen. Dies geht ganz klar nur im europäischen Verbund – europäisch denken, lokal handeln! Als Pioniere der Dekarbonisierung stehen wir bereit für „Energy Transition as a service“.

Iris Stempfle, Geschäftsführerin, Iberdrola Renovables Deutschland GmbH

“



”

Wenn wir autonom sein und unsere Klimaziele ernst nehmen wollen, müssen wir hin zu nachhaltigen Lösungen mit kurzen Transportwegen. Die EU hat bereits Ziele für den Ausbau von Biomethan vorgelegt, die sich bislang nicht in den deutschen Plänen wiederfinden. Die Bundesregierung muss nachziehen und Biomethan auf die Agenda nehmen: Ausbau fördern, zum Beispiel über ein Biomethanbeschleunigungsgesetz nach dem LNG-Vorbild sowie die Nachfrage anregen, zum Beispiel durch eine höhere Treibhausgasminderungsquote. Denn vor allem der Verkehrssektor, der in seinen Emissionsminderungen massiv hinterherhinkt, kann von mehr Biomethan profitieren – 2022 hätten wir statt fossil schon 100% Bio-LNG umsetzen können, wenn der Rahmen gestimmt hätte.

Zoltan Elek, Gründer und Geschäftsführer, Landwärme GmbH

“

”

„Den Unterschied zwischen Form und Prozess erkennen und danach handeln, das ist wesentlich“, so Walter Eucken, Vordenker der sozialen Marktwirtschaft. Daraus abgeleitet ein Lösungsansatz für die heutige Situation: Der Staat setzt den Rahmen, die Unternehmen agieren darin. Angenommen, der Stromzähler im Haus wäre die Grenze zwischen Form und Prozess. Bis zum Zähler ist die Stromerzeugung reguliert, Energieversorger verkaufen ihren Strom zu marktgerechten Preisen. Man kauft nur dazu, was man braucht. Denn hinter dem Zähler darf man selbst produzieren, speichern, mit dem Nachbarn teilen. Die Kombination aus Netzeinkauf und Eigenerzeugung steuert so den Prozess von effizientem Verbrauch und Investitionen in Technik in einem festgelegten Rahmen gleichzeitig. – Ökologisch-soziale Marktwirtschaft wird Realität.

Roland Schüren, Inhaber „Ihr Bäcker Schüren“ | Geschäftsführer Ladepark Kreuz Hilden

“



Forschung & Innovation



1. Gezielte Investitionen in klimaneutrale Technologien sind der einzige Weg, um Deutschland als Industriestandort langfristig wettbewerbsfähig zu halten. Die Richtlinien für **staatliche Förderung** von Forschung und Entwicklung sollten daher die **Nachhaltigkeits- und Dekarbonisierungsziele** zur Grundlage haben.

2. Ein ausreichendes Angebot an Wagniskapital ist einer der Hauptfaktoren, um Deutschland als **Gründungs- und Innovationsstandort** im internationalen Wettbewerb attraktiv zu machen. Förderprogramme sollten dabei auch spätere Start-up-Phasen berücksichtigen.

3. **Datenverfügbarkeit und -nutzung** sind entscheidend für die Entwicklung von Zukunftstechnologien. Politik, Forschungseinrichtungen und Unternehmen sollten Kooperationen eingehen, um eine **fruchtbare Datenökonomie** in Deutschland und Europa zu schaffen.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit – seien es Pandemien, Klimawandel oder der sich zuspitzende Rohstoffmangel – werden sich nur mit Hilfe von technologischen Innovationen meistern lassen.

Dies gilt sowohl für Anwendungen im Software- als auch im Hardwarebereich. Deutschland hat eine ausgezeichnete Forschungslandschaft, bei den Ausgründungen aus der Wissenschaft gibt es allerdings noch Luft nach oben. Die digitale Transformation hat Voraussetzungen geschaffen, um das Innovationstempo drastisch zu erhöhen, doch die aktuellen Rahmenbedingungen in Deutschland hinken der Entwicklung hinterher und drosseln das Potential. Das Mindset zur Datenfreigabe und -nutzung muss sich ebenso ändern wie

die Start-up-Kultur, um den Innovationsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken. Im Strategieforum „Innovationsstandort Deutschland in der Zeitenwende“ im November diskutierten die teilnehmenden Wirtschaftsvertreter:innen gemeinsam mit Dr. Anna Christmann MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Digitalwirtschaft und Start-ups, sowie Tuba Bozkurt MdB, Sprecherin für Industrie und Digitalwirtschaft der Grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, über die verschiedenen Instrumente der Start-up-Förderung, über die Rolle von Green Start-ups und ClimateTech für die Dekarbonisierung sowie die regulatorischen Möglichkeiten für das zukünftige Datenökosystem. Die Diskussionen werden wir in diesem Jahr zusammen mit Vertreter:innen aus der Industrie, Start-ups sowie Venture Capital-Unternehmen fortführen, insbesondere die Rolle von innovativen Unternehmen im Kontext der industriellen Dekarbonisierung wird einen Schwerpunkt bilden.

Forschung & Innovation

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



”

Nur mit Innovationen wird Deutschland die Transformation seiner Industrie gelingen. Innovationen und neue Produkte werden sowohl von Start-ups, Großunternehmen und vor allem auch mittelständischen Unternehmen hervorgebracht. Deshalb sollte eine Förderlandschaft alle Unternehmensgrößen gleichermaßen berücksichtigen. Neben einer möglichst technologieoffenen vorwettbewerblichen Forschungsförderung braucht es darüber hinaus vor allem auch Programme, die das Scale-up und Pilotfertigungen unterstützen. Wir haben keinen Mangel an Ideen in Deutschland, wir sind vor allem zu langsam bei der Umsetzung und der Verwertung.

“

Dr. Jan Marien, Leiter Forschung & Entwicklung, Isabellenhütte Heusler

”

Das Thema Innovation und Unternehmertum wird bislang hauptsächlich an den Universitäten platziert, über Berufsschulen spricht man in dem Kontext kaum. Dort steckt jedoch enormes Potential von jungen Menschen für die Praxis. Gründungsförderung sollte viel breiter aufgestellt werden.

Melis Sekmen MdB, Bündnis 90/Die Grünen

“



”

Vor uns liegt eine neue Gründerzeit, vorangetrieben von Climate Tech Start-ups. In Deutschland haben wir die Talente, die Erfahrung und den Markt für zahlreiche neue Gründungen zur Dekarbonisierung, denn nur durch bahnbrechende Innovationen können die Klimaziele noch erreicht werden.

*Dr. Tobias Lechtenfeld,
Sprecher der Tech for Net Zero Allianz,
Partner von 1.5°Ventures*

“

Innovative Gesundheitswirtschaft



1.

Digitalisierung ist der Weg zu einer besseren Gesundheitsversorgung, auch für zukünftige Generationen. Daten, die bei der Versorgung erhoben werden, haben einen enormen Wert für die Verbesserung des Gesundheitssystems. Es sollte deshalb eine Priorität der Politik sein, die **Datenerfassung** durch die **digitale Patient:innenakte ePA** schnell und effizient voranzubringen und den gesamtgesellschaftlichen Nutzen von Gesundheitsdaten zu erkennen.

2.

Die Pandemie hat uns verdeutlicht, dass Gesundheit nicht mehr nur national gedacht werden kann. Der Schritt zu einem **europäischen Gesundheitsdatenraum (EHDS)** ist deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Um den Anschluss an den EHDS allerdings nicht zu verlieren, müssen so schnell wie möglich möglichst viele **europäische Standards** verpflichtend etabliert und die Interoperabilität verstärkt werden.

3.

Die gegenwärtigen rechtlichen Rahmenbedingungen sind nicht länger geeignet, um den Anforderungen der digitalen Transformation im Gesundheitswesen gerecht zu werden. Um die Herausforderungen der Digitalisierung zu bewältigen, braucht es ein **patientenorientiertes Gesundheitsdatennutzungsgesetz**, das Zuständigkeiten **transparent** klärt, **Interoperabilität** vorantreibt und die Nutzung von Daten festlegt.

Es ist unumstritten, dass die Digitalisierung viele neue Möglichkeiten bietet, um die Gesundheitsversorgung zu verbessern, Kosten zu reduzieren, die Zusammenarbeit zwischen den Akteur:innen im Gesundheitssystem zu erleichtern und die Patient:innenbeteiligung zu stärken.

Allerdings ist die Digitalisierung des deutschen Gesundheitssystems im internationalen Vergleich nur unzureichend fortgeschritten, gleichzeitig zählt es zu einem der teuersten Gesundheitssysteme weltweit.

Die steigenden Kosten werden vor allem im Lichte des demografischen Wandels zu einer wachsenden Herausforderung, der mit nachhaltigen Lösungen und Investitionen entgegengetreten werden muss.

Digitalisierung im Gesundheitswesen

Auch Deutschland als Studienstandort würde von der Digitalisierung profitieren. Deutschland ist als eines der weltweit führenden Länder für die Durchführung von klinischen Studien von Platz 2 im Jahr 2016 auf Platz 6 im Jahr 2021 gerutscht (<https://clinicaltrials.gov/>). Das liegt unter anderem an langwierigen Genehmigungsverfahren, an einer unzureichenden Vernetzung und an der schlechten digitalen Infrastruktur und der noch ausbleibenden Antragsberechtigung zum Forschungsdatenzentrum für private Unternehmen.

Darüber hinaus hat Digitalisierung nicht nur das Potential, die gegenwärtige Versorgung zu verbessern, sondern auch die Datenanalyse zu erleichtern und diese Erkenntnisse in Zukunft für folgende Generationen zu nutzen. Mit Hilfe digitaler Tools können bereits bestehende Daten ausgewertet und für die Forschung verwendet werden. Das daraus entstandene Wissen kann direkt in das Gesundheitssystem einfließen. Daher müssen schnellst möglich politische Rahmenbedingungen auf den Weg gebracht werden, die den Ausbau einer digitalen Gesundheitsinfrastruktur und den Anschluss an den European Health Data Space (EHDS) ermöglichen.

Im vergangenen Jahr haben im Rahmen des Arbeitsfeldes „Innovative Gesundheitswirtschaft“ eine Vielzahl von Expert:innen aus verschiedenen Branchen und Organisationen, einschließlich Versicherern, Krankenhäusern, Ärzt:innenschaft, Anbieter:innen von digitalen Lösungen, Medizintechnik- und Pharmaunternehmen miteinander diskutiert, um gemeinsam mit der Politik den Handlungsbedarf zu identifizieren und Handlungsempfehlungen zu formulieren. Diese wurden in dem One-Pager „Der Mensch im Fokus – Potentiale digitaler Datennutzung im Gesundheitswesen“ zusammengefasst und dem Bundesministerium für Gesundheit vorgelegt.



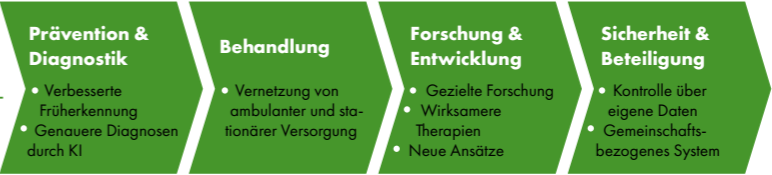
Das Positionspapier steht zum Download auf unserer Homepage



Ein zentrales Ergebnis der gemeinsamen Diskussionen ist, dass es in Deutschland trotz eines hohen Erkenntnisstandes, gutem Fachpersonal und Anbieter:innen von digitalen Anwendungen an konkreten Umsetzungen fehlt. Oft werden innovative Ansätze durch die unterschiedlichen Auslegungen des Datenschutzes durch die zahlreichen Datenschutzbeauftragten erschwert oder verhindert. Deshalb muss Datenschutz in Zukunft einheitlich und gemeinschaftlich betrachtet werden. Das, sowie vieles mehr, sollte in einem patient:innenoffenen Gesundheitsdatennutzungsgesetz festgelegt werden.



POTENTIALE ERKENNEN UND NUTZEN



Ausblick

Das Fachforum innovative Gesundheitswirtschaft wird sich auch im Jahr 2023 weiterhin mit den Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung auseinandersetzen und die Entscheidungsträger:innen mit konkreten Handlungsempfehlungen bei der Gestaltung der digitalen Gesundheitsstruktur unterstützen und motivieren. Dabei wird es darum gehen, wie wir Daten in Zukunft besser nutzen können, um Therapien zu verbessern und Benachteiligungen in der medizinischen Versorgung entgegenzuwirken. Hier setzen wir uns insbesondere für das Thema Gender Data Gap ein.

Innovative Gesundheitswirtschaft

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT, POLITIK UND WISSENSCHAFT



”

Nur wenn wir alle mit viel Energie zusammenarbeiten, können wir endlich die Vorteile der Digitalisierung erleben. Hierbei geht es um Kooperation und Patient:innenzentriertheit und nicht um das Eigeninteresse einzelner Institutionen, das ist gelebte Interoperabilität.

Prof. Dr. Sylvia Thun, Direktorin, Core-Unit eHealth und Interoperabilität (CEI), Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIH)

“



”

Digitalisierung im Gesundheitswesen muss sich am Patient:innennutzen orientieren und angesichts der wachsenden Personalknappheit den Fachkräften die Arbeit erleichtern. Fortschritte sind jetzt dringend nötig.

Prof. Dr. Armin Grau MdB, Bündnis 90/Die Grünen

“



”

[Die Datenschutzlage ist] ein Flickenteppich und bremst die Innovationsfähigkeit und Prozessorientierung vieler Kliniken. Denn durch unterschiedliche Datenschutzregeln in den einzelnen Bundesländern wird die praktische Umsetzung von digitalen Innovationen maßgeblich erschwert.

Martin Wisböck, Director Government Affairs, Brainlab AG

“



Modernes Regieren



1.

Das **Selbstverständnis der Verwaltung** muss sich ändern, eine zunehmende Risikobereitschaft, eine gelebte Fehlerkultur und offene Kommunikation zwischen den Schnittstellen stärken die Agilität und tragen zu einem attraktiveren Arbeitsumfeld insbesondere für Quereinsteiger:innen aus der Wirtschaft bei.

2.

Die schleppende **Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)**, welches ursprünglich bis Ende 2022 abgeschlossen sein sollte, muss dringend priorisiert und beschleunigt werden. Hierfür müssen mehr homogene Systemlandschaften in den föderalen Ebenen geschaffen und in gutes Fachpersonal investiert werden.

3.

Die **Gründung des Dateninstituts** bringt eine effektive Strukturierung und langfristige Verwertbarkeit der vorhandenen Datenvielfalt voran. Somit wird ein erheblicher Mehrwert für die Gesellschaft geschaffen, etwa bei Forschungszwecken oder der zivilgesellschaftlichen Beteiligung.

Die Bundesrepublik Deutschland – als größtes Land und stärkste Wirtschaftsna-tion der Europäischen Union – hinkt bei Themen der Verwaltungsdigitalisierung und -modernisierung im internationalen Vergleich noch immer hinterher.

Zwar hat das Thema in den letzten Jahren an Aufmerksamkeit in Politik und Gesellschaft gewonnen, zugleich kommen die vorgesehenen Großprojekte von Bund und Ländern, allen voran die OZG-Umsetzung, nur schleppend voran. Das Ziel muss sein, durch einen konsequenten Abbau von (analoger) Bürokratie sowie die effiziente Umstellung auf digitale Prozesse den Alltag der Bürger:innen zu verbessern und somit einen Mehrwert für alle Akteur:innen zu schaffen. Die Ampel-Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Reihe verschiedener digitalpolitischer Meilensteine aufgezeigt, welche ein großes Potenzial versprechen.

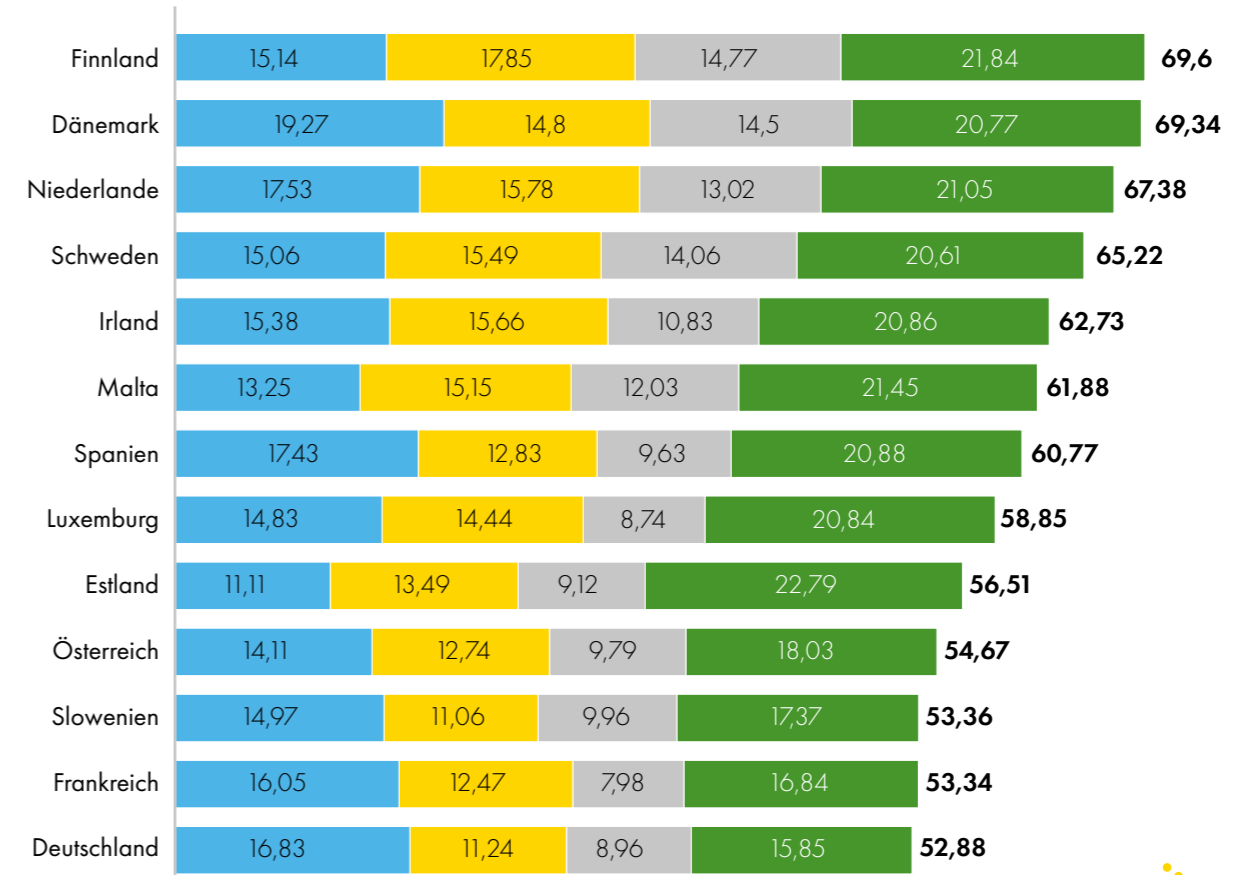
Fachgespräch zum Dateninstitut



Im Rahmen eines hybriden Fachgesprächs zum Dateninstitut wurden gemeinsam mit Tobias B. Bacherle MdB, Berichterstatter der Grünen Bundestagsfraktion für das Dateninstitut, und Vertreter:innen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die möglichen Features und Potenziale des Instituts diskutiert. Darüber hinaus waren auch die Fachreferate der zuständigen Bundesministerien anwesend, sodass die Impulse sowohl direkt an die Politik als auch die Verwaltung weitergetragen wurden. Im weiteren Verlauf des Fachforums sollen gemeinsam mit der Gründungskommission Use-Cases des Dateninstituts diskutiert werden.

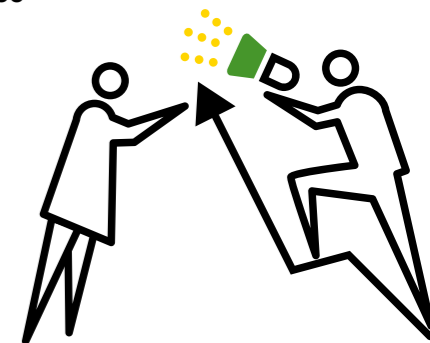
Neben den digitalen Aspekten der Verwaltung gilt es, die Arbeitskultur und organisatorische Aufstellung der öffentlichen Verwaltung dahingehend zu stärken, dass öffentliche Organisationen zu attraktiven Arbeitgebern werden und ihren Bedarf an Fachkräften langfristig decken können. Hierzu wird der Grüne Wirtschaftsdialog 2023 Formate anbieten, um konstruktive Umsetzungsvorschläge aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu sammeln.

Digitalisierungsgrad der EU-Länder gemäß dem Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI*) im Jahr 2022



● Konnektivität ● Humankapital
● Integration der Digitaltechnik ● Digitale öffentliche Verwaltung

Quelle: DESI 2022, Europäische Kommission



Modernes Regieren

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



„ Modernes Regieren verlangt eine Nutzer:innenzentrierte Digitalisierung von Staat & Verwaltung, damit ein echter digitaler Aufbruch gelingt. Hierzu müssen erfolgskritische Projekte wie die Umsetzung eines novellierten Online-Zugangsgesetzes, eine digitale Verfügbarkeit von Registerdaten sowie eine einfach handhabbare elektronische Identifizierung zur Nutzung digitaler Verwaltungs-Apps zusammengedacht werden, um in großem Maßstab sichtbare Fortschritte innerhalb der nächsten zweieinhalb Jahre zu erreichen.

Boris von Chlebowski, Mitglied der Geschäftsführung, Accenture GmbH



„ Als Bürger:innen sehen wir täglich die Vorteile der Digitalisierung, sei es in der Freizeit oder in der digitalen Arbeitswelt. Im Smart Home können uns vernetzte Geräte helfen, Energie zu sparen. Solche Anwendungen basieren auf Daten. Unternehmen müssen Verbraucher:innen einen sicheren und selbstbestimmten Umgang mit den Daten ermöglichen. Wir halten es für die Aufgabe der Politik, geeignete Rahmenbedingungen für den Umgang mit Nutzerdaten zu schaffen. Diese sollten die Sicherheit der Daten in den Vordergrund stellen, aber ebenso technologische Innovationen zulassen. Dafür sind IT-Sicherheit, offene Ökosysteme und Interoperabilität wichtig. Wir verfolgen das gleiche Ziel: Wir möchten gemeinsam das Potential neuer Technologien für alle zugänglich machen.

Man-Young Kim, Geschäftsführer, Samsung Electronics GmbH



„ Als „Do-Tank“ soll das Dateninstitut als Vernetzungsstelle für vorhandene Expertise aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft fungieren, dabei praxisnah bleiben und Raum für Pilotprojekte bieten.

Tobias B. Bacherle MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Neue Arbeit/ Neue Qualifikation



1.

Deutschland befindet sich im Wettbewerb um **Fachkräfte aus dem Ausland** in einer globalen Konkurrenzsituation. Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, müssen die bürokratischen **Rahmenbedingungen** drastisch **modernisiert** werden. Dazu gehört die Digitalisierung der Prozesse ebenso wie Reformen zur **Vereinfachung der Gleichwertigkeitsprüfungen** ausländischer Abschlüsse.

2.

Der Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts macht lebenslanges **Lernen, Umschulungen** und **Weiterbildungen** zu integralen Bestandteilen des Berufsweges. Die Instrumente zur Aus- und Weiterbildung müssen an diese Dynamik angepasst werden. Die **Zusammenarbeit** von staatlichen Institutionen und Unternehmen muss dabei deutlich intensiviert werden.

3.

Die **Arbeitsbedingungen für Frauen**, insbesondere für **Selbstständige**, stellen bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt immer noch Hindernisse dar. Nicht zuletzt, um dem akuten Fachkräftemangel entgegenzuwirken, muss die Politik mit klaren Regelungen zu **Diversität und Gleichberechtigung** vorangehen.

In einer deutschlandweiten repräsentativen Studie, welche die Pollion GmbH im Auftrag des GWD im Sommer 2022 durchführte, wurden Unternehmen nach Ihren Einschätzungen zu den aktuellen Herausforderungen und dem Stand der Transformation befragt.

Auf die Frage nach den größten Risiken für den zukünftigen Unternehmenserfolg, war „Fachkräftemangel“ die am zweithäufigsten genannte Antwort, nur knapp hinter „hohe Rohstoffpreise“. Die Problematik der fehlenden Arbeitskräfte – denn mittlerweile sind längst nicht nur Hochqualifizierte, sondern alle Qualifizierungsniveaus betroffen – bedroht nicht nur die Umsetzung der Transformation, sondern die Funktionsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft. Entsprechend prioritär und entschieden muss die Politik Lösungen finden, um neue Arbeitskräfte anzuwerben und auszubilden sowie bereits qualifiziertes Personal wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Chancen der Erwerbsmigration

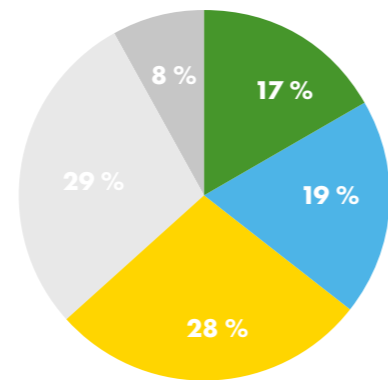
Ein zentraler Ansatz, der auch im Rahmen des LunchTime-Talks „Zeitenwende – auch in der Erwerbsmigration und Integration?“ diskutiert wurde, ist der dringende Mindset-Change in der Politik sowie in Unternehmen beim Thema Erwerbsmigration. Auf Unternehmens- wie auf gesamtgesellschaftlicher Ebene muss eine Kultur geschaffen werden, die eine Integration von ausländischen Fachkräften erleichtert, statt zu behindern. Das umfasst beispielsweise die stärkere Förderung von Aus- und Weiterbildungsprogrammen, die eine Sprachvermittlung mitberücksichtigen, sowie Beratungsangebote zur Anerkennung beruflicher Abschlüsse, wie eine schnellere und leichtere Anerkennung der Abschlüsse selbst. Bei allen Maßnahmen müssen außerdem die nicht-akademischen Berufe stärker mitgedacht werden.

Ein weiteres Thema, das im Austausch mit unseren Mitgliedern intensiv diskutiert wurde, sind neue Konzepte der betrieblichen Aus- und Weiterbildung. Für viele Berufe, die durch die digitale und ökologische Wende neu entstanden sind und noch entstehen werden, stellen Qualifizierungsmaßnahmen innerhalb des Betriebes den effizientesten Bildungsweg dar. Dadurch können neue Fachkräfte bedarfsgenau ausgebildet werden und bestehende Mitarbeitende im Prozess der Transformation nachhaltig integriert werden. Die Förderinstrumente der Politik sollten auf diese Maßnahmen anwendbar sein können. Eine Veranstaltung zu diesem Thema ist im laufenden Jahr geplant. Ebenso auf der Agenda für 2023 steht die Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Quelle: Pollion-Umfrage im Auftrag des GWD, 2022

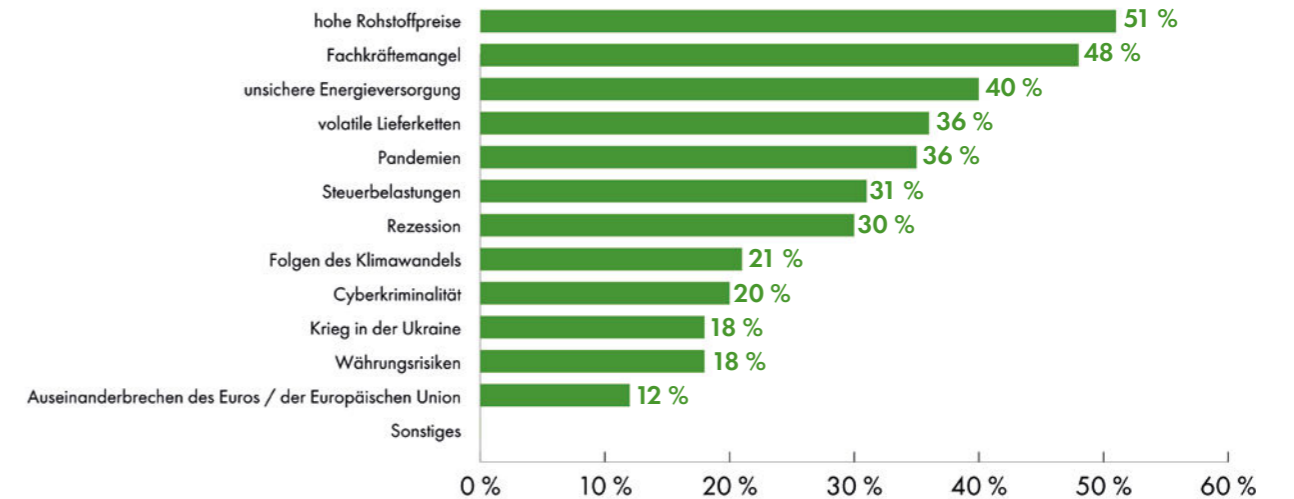
Wie akut ist der Fachkräftemangel für das Unternehmen?



kein Problem 1 2 3 4 5 existenzbedrohlich

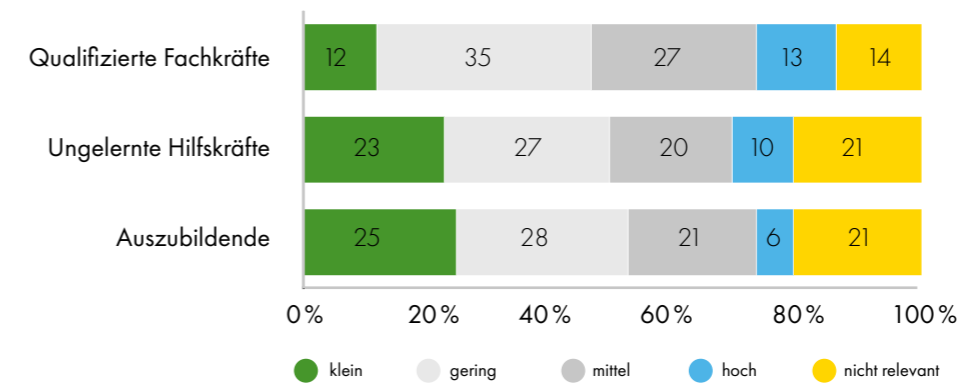
n = 513 | fehlende % zu 100% rundungsbedingt

Welche Risiken bereiten Ihnen Sorgen, was den zukünftigen Erfolg Ihres Unternehmens betrifft?



Quelle: Pollion-Umfrage im Auftrag des GWD, 2022

Erwartetes Potenzial für die Beschäftigung von Ukraine-Geflüchteten



Quelle: Randstad-ifo-Personalleiterbefragung Q2 2022

Neue Arbeit/ Neue Qualifikation

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



Berufliche Weiterbildung ist von strategischer Bedeutung, um den digitalen Wandel und den Wandel der Mobilität erfolgreich und gemeinsam mit unseren Mitarbeitenden gestalten zu können. Dazu bieten wir umfassende Qualifizierungsprogramme an, um beispielsweise Beschäftigte aus dem Verbrenner-Bereich in Zukunftsfeldern wie Elektromobilität oder Software einzusetzen. Darüber hinaus evaluieren wir kontinuierlich, welche Kompetenzen und Qualifizierungsmaßnahmen noch aufzubauen bzw. zu stärken sind.

Um die Transformation der Automobil- und Zulieferindustrie zu einem Erfolg für Unternehmen und Beschäftigte zu machen, muss die Politik mit Hilfe einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik die Bemühungen der Unternehmen unterstützen. Konkret gemeint sind damit Spielraum und Gestaltungsmöglichkeiten für passgenaue individuelle Qualifizierungsmodelle sowie flexible Förderinstrumente.

Bernd Grube, Personalleiter, Robert Bosch GmbH



Unsere Wirtschaft ist nicht zuletzt angesichts der demografischen Entwicklung dringend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz werden wir bürokratische Hürden abbauen und Verfahren digitalisieren, damit der Zuzug endlich schneller und einfacher gelingt. Als Gesellschaft müssen wir uns jedoch auch die Frage stellen, wie wir mit Migrant:innen umgehen. Hass, Hetze und Ausgrenzung sind keine Werbung für ein Einwanderungsland.

Misbah Khan MdB, Bündnis 90/Die Grünen



Wenn wir über Fachkräftemangel klagen, muss uns bewusst sein, dass viel wertvolles Potential momentan noch verschleudert wird. Frauen im Handwerk beispielsweise werden bisher viel zu wenig gesehen. So führen die jetzigen Rahmenbedingungen dazu, dass die Zimmermeisterin ihren Betrieb nicht halten kann, wenn sie schwanger wird. Diese Fachkraft fehlt dann auf dem Markt. Und es fehlt auch ein Vorbild für die nachkommenden Generationen von Handwerkerinnen. Die Rollenbilder müssen sich ändern, dafür braucht es Aufklärung. Und diese Änderungen müssen sich in den Arbeitsmarktbedingungen widerspiegeln.

Astrid Hilt, Sprecherin, Handwerksgrün e.V.



Security & Defence



1.

Primat der Politik fortentwickeln: Angesichts akuter Krisensituationen gilt es das Primat der Politik in Deutschland und der EU zu stärken. Die sicherheitspolitischen Akteur:innen sind hier aufgefordert durch politischen Gestaltungswillen handlungsleitende und nachvollziehbare Grundlagen für die Industrie zu schaffen.

2.

Europäische Ansätze verfolgen: Zur Gewährleistung europäischer Handlungsfähigkeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist der Ausbau europäischer Sicherheitsstrukturen nach einem gesamtheitlichen und krisenresilienten Ansatz erforderlich.

3.

Demokratische Grundsätze stärken: Eine fortschreitende werteorientierte Außenpolitik Deutschlands und der EU, mit dem Ziel demokratische Werte zu festigen, ist abhängig von transparenten Handlungsweisen europäischer Rüstungskoperationen.

Die als Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine ausgerufene „Zeitenwende“ stellt die Bundesregierung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor eine Reihe grundlegender Herausforderungen.

Erstens: Es bedarf eines gesamtheitlichen Ansatzes, um der geforderten Aufgabe einer Landes- und Bündnisverteidigung nachzukommen. Neben einem effektiven und effizienten Reformprozess des Beschaffungswesens der Bundeswehr zur

notwendigen Erhöhung der Einsatzbereitschaft zentraler Systeme muss auch die zivile Sicherheitsarchitektur mitgedacht werden. Dazu gehört ebenfalls der Ausbau resilienter Infrastruktur, um der Rolle Deutschlands als geographischer Drehscheibe der NATO gerecht zu werden.

Zweitens: Zur Gewährleistung der deutschen und europäischen Handlungsfähigkeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist eine industrielle Basis unumgänglich. Hier bedarf es klar formulierter politischer Zielvorstellungen, welche gegenüber europäischen als auch NATO-Partnern kommuniziert und mit industriepolitischen Maßnahmen gefestigt werden müssen.

Ergebnisse Themenfeld-Session

Im Jahr 2022 haben wir uns mit politischen Entscheidungsträger:innen und Vertreter:innen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu Themen der Beschaffungs- und Instandsetzungsprozesse bei der Bundeswehr, als auch mit den Implikationen einer industriepolitischen und wertegeleiteten Außen- und Sicherheitspolitik auseinandergesetzt.

Angesichts der fokussierten Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist eine grundlegende Transformation des Beschaffungswesens notwendig. Zentral dafür ist die Erhöhung finanzieller Planungssicherheit, um den Materialbedarf der Bundeswehr akut und nachhaltig zu sichern. Hierzu gehören auch flexible und agile Beschaffungsinstrumente. Zur Vorbeugung neuer Abhängigkeiten von Drittstaaten ist zudem der Erhalt und strategische Ausbau von Produktionsfähigkeiten in Deutschland und der EU unabdingbar.



Das Thesenpapier steht zum Download auf unserer Homepage

„ Es ist höchste Zeit, europäische Souveränität auch europäisch zu denken – zum Beispiel durch eine konsequente Verfolgung von Kooperationsprogrammen im Verteidigungssektor. Der Krieg in der Ukraine darf nicht als isoliertes Problem betrachtet werden. Wir sollten die aktuelle Debatte über die Zeitenwende vielmehr dazu nutzen, einen gesamtheitlichen Ansatz für die zukünftigen Herausforderungen und Krisen zu entwickeln. Was muss denn noch geschehen, damit wir Europäer endlich einen konkreten strategischen Plan für ein sicheres, souveränes, verteidigungsfähiges, technologisch führendes und starkes Europa entwickeln, das seine Werte, seine Freiheit und seine Interessen konsequent und glaubhaft verteidigen kann? “

Alexander Reinhardt, Head Of Public Affairs Germany, Airbus S.A.S.

Security & Defence

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



„ Das zurückliegende Jahr und der im Februar 2022 begonnene, völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands haben uns alle vor ungekannte Herausforderungen gestellt, denen wir als Gesellschaft, ob in der Politik, als Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, aber auch als Wirtschaft, gerecht werden müssen. Mit der Zeitenwende und dem Sondervermögen hat die Politik einen ersten Impuls gesetzt, die erforderlichen Beschaffungen für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu beschleunigen – das kann aber erst der Anfang sein. Ich sehe jedoch insbesondere auch die Rüstungsindustrie in der Pflicht, die Herausforderungen der neuen Zeit anzuerkennen und sich entsprechend aufzustellen, ob auf nationaler oder europäischer Ebene, auch um ihrem eigenen Selbstbild und der ihr zugeschriebenen Verantwortung gerecht zu werden. Den im letzten Jahr angestoßenen fruchtbaren Austausch hierzu sollten wir auch in Zukunft weiterverfolgen. “

Philip Krämer MdB, Bündnis 90/Die Grünen

Ausblick

Im Jahr 2023 richtet sich der Fokus des Fachforums Security & Defence auf die innere Sicherheit. Themen, die uns hier bewegen sind neben der digitalen Sicherheit auch der Schutz kritischer Industrie und Infrastruktur. Im dichten Austausch mit politischen Entscheidungsträger:innen sowie Vertreter:innen der Industrie und Wissenschaft planen wir auch in diesem Jahr Impulse auf Handlungsebene zu liefern.

Medien-, Kultur- & Kreativwirtschaft



1.

Die Kreativwirtschaft hat in Bezug auf Umsatz, aber auch nachgelagerte Gewinne wie z.B. durch Filmtourismus, technologische Innovationen und Arbeitsplätze enorm an volkswirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Im Zuge politischer Reformen sollte der **wirtschaftspolitische Aspekt** dieses Bereichs daher stärker in den Fokus rücken als bisher.

2.

Die Film- und Serienproduktion ist international ein **stark wachsender Markt**. Damit Deutschland als Produktionsstandort im Wettbewerb bestehen kann, muss das Fördersystem deutlich langfristige Planbarkeit und Verlässlichkeit bieten.

3.

Ökologische und **soziale Nachhaltigkeit** sind keine Nice-to-haves, sondern langfristig entscheidende Wettbewerbsfaktoren. Entsprechend ausgestaltete Förderungsrichtlinien würden daher sowohl **auf Klimaschutz** und **soziale Gerechtigkeit** als auch auf den wirtschaftlichen Erfolg deutscher Produktionen einzahlen.

Das Arbeitsfeld hat sich 2022 im Schwerpunkt dem Thema Film- und Serienförderung gewidmet.

Anlass dafür war unter anderem die von der Bundesregierung angekündigte Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG) und eine damit zusammenhängende größere Reform des Förderungssystems. Nach vorbereitenden Dialogrunden im Laufe des Jahres wurde der Austausch im Januar 2023 gemeinsam mit Michael Sacher MdB, Berichterstatter für den Bereich Film der grünen Bundestagsfraktion, und Awet Tesfaiesus MdB, Obfrau im Ausschuss für Kultur und Medien, fortgesetzt.

Einigkeit bei den Teilnehmenden des Fachforums aus Politik und den verschiedenen Bereichen der Produktionswirtschaft herrschte darüber, dass eine bessere Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Förderung Grundvoraussetzung sind, da-

mit Deutschland dem internationalen, und vor allem inner-europäischen, Wettbewerb standhalten kann. Die Vor- und Nachteile der verschiedenen Förderungsmodelle, die von europäischen Nachbarländern teilweise bereits erfolgreich umgesetzt werden, wurden kritisch diskutiert. Ein Zwischenfazit lautete, dass eine adressatengerechtere Förderung, die verschiedene Instrumente sinnvoll kombiniert, notwendig ist.

Besonders hervorgehoben wurde außerdem die Rolle von Diversität vor und hinter der Kamera. Eine bessere Gleichstellung von Frauen in der Branche würde nicht nur den akuten Fachkräftemangel mildern, sondern auch eine größere Vielfalt von Storytelling durch das Medium Film ermöglichen.

Der Dialog zum Thema Filmförderung wird 2023 fortgeführt. Darüber hinaus wird der GWD auch wieder das Thema der Zukunft der öffentlich-rechtlichen Medien im Rahmen eines Fachforums aufgreifen.

Medien-, Kultur- & Kreativwirtschaft

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



Die Film- und Fernseh-Produktionswirtschaft in Deutschland ist äußerst vielfältig aufgestellt und hat einen hohen Rang im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen, wenn es um die Bruttowertschöpfung geht. In der Produktionswirtschaft – und der Kultur- und Kreativwirtschaft allgemein – liegen echte Wachstums- und Transformationschancen für die deutsche Wirtschaft. Politik kann diese gestalten, z. B. durch eine Investitionsverpflichtung ausländischer Streamer, durch die Anerkennung von Produzentinnen und Produzenten als Urheber, durch den Verbleib von Rechten bei Produzent:innen, durch Export-Unterstützungen. Und natürlich geht es auch um eine kulturelle und gesellschaftliche Vielfaltssicherung auf der Kreativ- bzw. Anbieterseite.

Stefan Oelze, Managing Partner, Rosebank AG



Wer einen geschützten Raum für Kultur und Kreativität schaffen will, muss zunächst ein einladendes Haus auf einem tragfähigen Fundament bauen. Ein Haus, dessen Türen weit offen stehen für alle, die in Deutschland langfristig Filme und Serien produzieren wollen. Genau das kann ein Steueranreizmodell leisten.

*Julia Piaseczny, Senior Manager Policy & EU Affairs,
Sky Deutschland GmbH*



Der deutsche Film ist nicht zeitgemäß. Die Gesellschaft hat sich verändert, deutsche Produktionen spiegeln dies jedoch nicht wider. Es macht einen Unterschied, wer den Film macht, wer vor und hinter der Kamera steht. Die Zuschauer:innen hungern nach diesen neuen Perspektiven, nach Repräsentation ihrer eigenen Realität, finden diese aber meistens eher bei den Streamern. Dies macht Diversität letzten Endes auch zu einem Wettbewerbsfaktor und ist ein Grund mehr, warum sie in den gesetzlichen Regelungen des Fördersystems berücksichtigt werden sollte.

*Awei Tesfaiesus MdB,
Bündnis 90/Die Grünen*



Rohstoffe, Ressourcen & Kreislaufwirtschaft



1.

Durch **Standardisierung** von Formen, Größen und Stoffen sollte die Haltbarkeit, **Wiederverwertbarkeit**, **Nachrüstbarkeit** und **Reparierbarkeit** von Produkten gesteigert werden. Dabei sollten für diese Prozesse auch Poollösungen entwickelt und gefördert werden.

2.

Es bedarf **überprüfbare und einklagbare Richtlinien**, sodass die öffentliche Beschaffung die Nutzung zirkulärer Produkte bevorzugt.

3.

Ambitionierte **Mindesteinsatzquote** für die Verwendung von Post-Consumer-Rezyklaten zur Schließung von Kreisläufen müssen eingeführt werden.

In Deutschland sind in den vergangenen Jahren knapp 20 Millionen Tonnen an Verpackungsabfällen pro Jahr angefallen.

Das bedeutet etwa 241 Kilogramm Verpackungsmüll pro Kopf. Die Ressourcenknappheit und der fortschreitende Klimawandel erfordern den Übergang von einer Wegwerfgesellschaft hin zu einer CO₂-neutralen, ökologisch-nachhaltigen und schadstofffreien Kreislaufwirtschaft. In Zeiten neuer geopolitischer Unsicherheiten ist es wichtig, den Fokus nicht

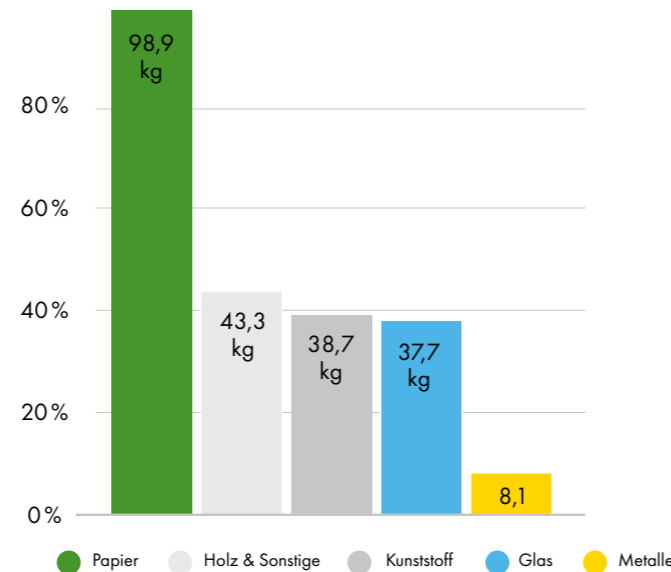
ausschließlich auf die Energieabhängigkeit zu legen, sondern auch die Ressourcenabhängigkeit im Auge zu behalten. Ein regeneratives Kreislaufsystem hat das Potenzial, den Ressourceneinsatz und die Abfallproduktion sowie die dadurch anfallenden Emissionen und den Energieinput durch das Verlangsamen und Schließen von Energie- und Materialkreisläufen zu minimieren. Wenn die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft nicht als Instrument gezielt erkannt und eingesetzt wird, wird Deutschland seine Ziele bei Ressourcenschutz, Emissionsreduktion, Klima- und Biodiversitätsschutz nicht erreichen können.



Fachforum Lebensmittelverpackungen

Im vergangenen Jahr hat sich der GWD innerhalb von zwei Veranstaltungen dem übergeordneten Thema „Kreislaufwirtschaft: Ressourcen & Verpackungen“ gewidmet. Am 19. Mai traf sich eine Diskussionsrunde zum Thema „Plastikverpackungen von Lebensmitteln“. Bei diesem Fachforum lag der Fokus insbesondere darauf, die gesamte Wertschöpfungskette von Lebensmittelverpackungen aus Plastik abzubilden. Die Teilnehmenden der Veranstaltung haben mit Nachdruck betont, dass ein stärkerer Dialog zwischen den verschiedenen Stakeholder:innen komplexer Wertschöpfungsketten unerlässlich ist. Nur gemeinsam können kreislaufwirtschaftliche Ansätze effektiv eingeführt und umgesetzt werden.

225,8 kg Verpackungsabfall pro Kopf (2020)



Quelle: Umweltbundesamt

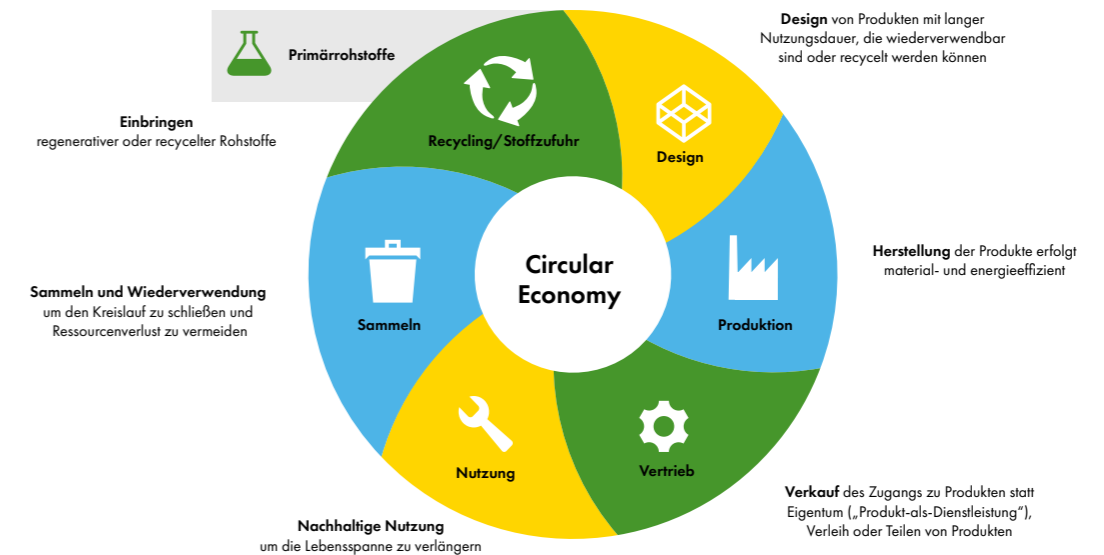


Kreislaufwirtschaft gegen Rohstoffkrise

Für das Fachforum „Aufschwung der Circular Economy: Kreislaufwirtschaft gegen Rohstoffkrisen“ am 23. September trafen sich branchenübergreifend Vertreter:innen aus der Wirtschaft mit Wissenschaft und Politik, um über die Rolle von Kreislaufwirtschaft im Kontext aktueller Herausforderungen zu debattieren. Dabei lag ein Schwerpunkt auf der Schaffung geeigneter (politischer) Rahmenbedingungen, die noch häufig einer effizienteren Kreislaufwirtschaft im Wege stehen. So müssen zum Beispiel stärkere ökonomische Anreize geschaffen werden, die klimafreundliches Verpackungsdesign fördern. Umweltschädliches Produktdesign darf sich am Markt nicht mehr lohnen.

Der GWD wird das Thema Kreislaufwirtschaft und Verpackungen 2023 noch stärker in den Fokus rücken. Dabei sollen konkret zwei Arbeitskreise gebildet werden, die sich übergeordnet mit dem Thema Lebensmittelverpackungen und dem Thema Verpackungen von Medizinprodukten auseinandersetzen. Zudem sollen Veranstaltungen konzipiert werden, die sich explizit mit Logistik und den Taxonomie-Kriterien (steuerrechtliche Steuerungsmöglichkeiten) für kreislaufwirtschaftliche Prozesse befassen, die zu häufig lediglich als Querschnittsthemen betrachtet werden. Die Thematiken bleiben hochaktuell.

Wertschöpfungskreislauf in der Circular Economy



Quelle: KfW Research, in Anlehnung an acatech (2018)

Rohstoffe, Ressourcen & Kreislaufwirtschaft

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK



Wir müssen nicht nur über Energieunabhängigkeit sprechen, sondern auch über Rohstoffunabhängigkeit. Hier setzt die Kreislaufwirtschaft an und bekommt so eine geopolitische Dimension. Indem Rohstoffe nicht den Stoffkreislauf verlassen, werden Nationen unabhängiger von Importen – das macht die Kreislaufwirtschaft zu einer Freiheitstechnologie.

Dr. Jan-Niclas Gesenhues MdB, Leiter der AG Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (Sprecher), Bündnis 90/Die Grünen



Vermeiden, verringern, verbessern – im Sinne dieser Strategie arbeiten wir bei der REWE Group unter anderem an besser recyclingfähigen Verpackungen, die zunehmend aus Recyclingmaterial bestehen, vom Farbeimer bis zur Wasserflasche. Ressourcenschonung, auch als elementarer Bestandteil des Klimaschutzes, ist Teil unseres Handelns in ganz unterschiedlichen Bereichen – bei unseren nachhaltigen Green Buildings, dem Bezug von Grünstrom, oder beim Engagement für unsere Moore. Gesetzgebung in diesem Bereich darf und muss ambitioniert sein, sollte aber unbedingt den Rat von Praktiker:innen mit einbeziehen, wie sich gemeinsame Ziele am besten erreichen lassen. Deshalb suchen wir den fachlichen Austausch mit politischen und gesellschaftlichen Stakeholdern, wie ihn der Grüne Wirtschaftsdialog ermöglicht.

Sebastian Lange, Leiter Büro Berlin, REWE Group



Einer Kreislaufwirtschaft steht in Deutschland bzw. Europa viel Bürokratie im Wege: Das Einbringen von Recyclaten in Lebensmittelverpackungen war auf rechtlicher Ebene bereits sehr kompliziert, und wurde mit den neuen Vorschriften auf EU-Ebene noch weiter bürokratisiert. Um eine echte Kreislaufwirtschaft nach vorne zu bringen, müssen auf Bundes- aber auch europäischer Ebene zukunftsfähige Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Konzepte wie die Kreislaufwirtschaft mitdenken. Zentral werden hier auch ökonomische Lenkungsinstrumente zur Förderung des Recyclateinsatzes sein. Eine zirkuläre Ökonomie darf nicht mehr abhängig sein vom Ölpreis oder der Weltwirtschaftslage.

Gunda Rachut, Vorstand, Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister



Entwicklung und Ausblick

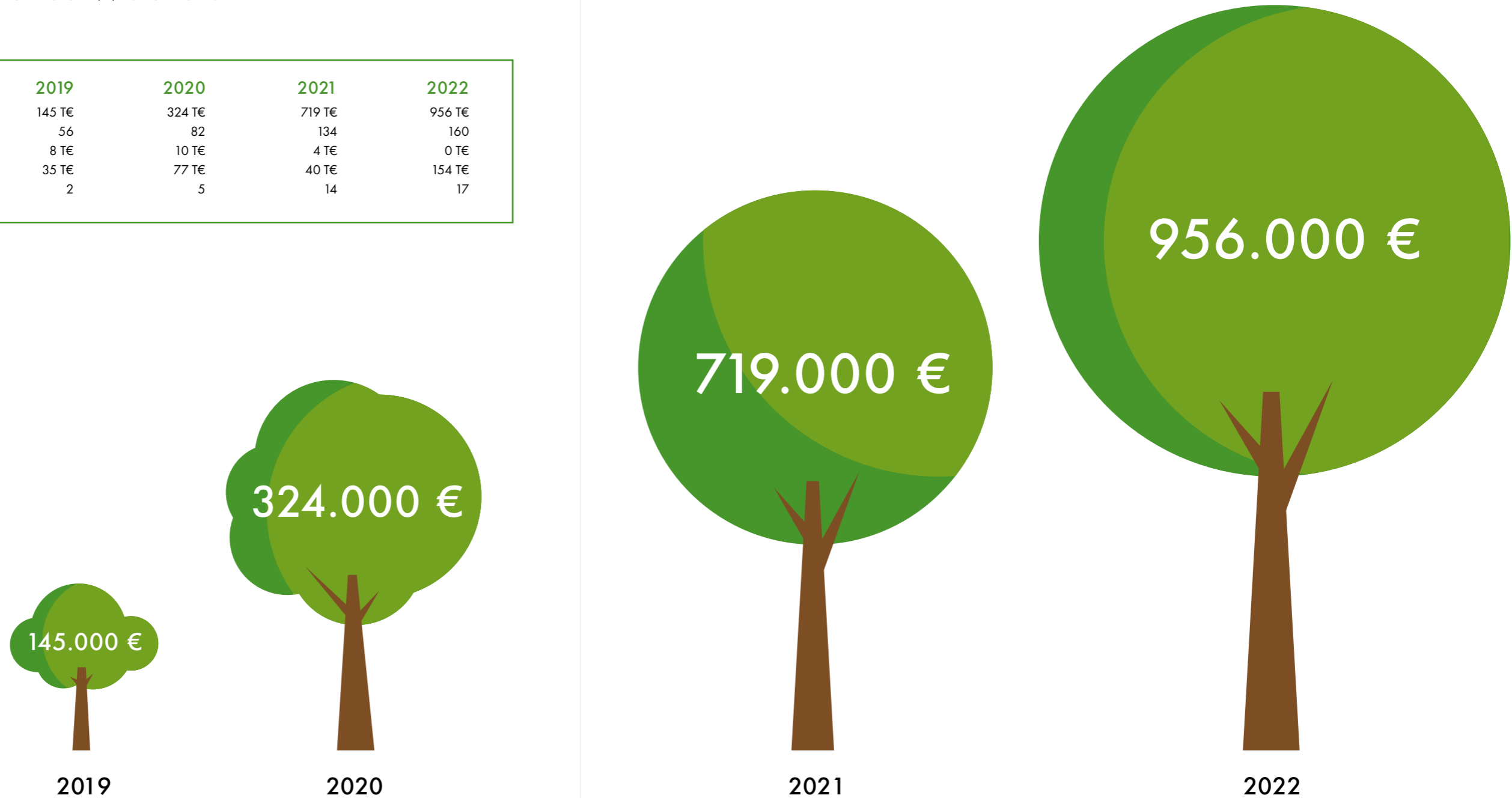


Stabiles Wachstum

i **Entwicklung Finanzen**

	2019	2020	2021	2022
Mitgliedsbeiträge	145 T€	324 T€	719 T€	956 T€
Beitragspflichtige Mitglieder	56	82	134	160
Projektförderung und sonstige Zuschüsse	8 T€	10 T€	4 T€	0 T€
Veranstaltungsaufwand	35 T€	77 T€	40 T€	154 T€
Anzahl Beschäftigter ohne Vorstand <small>(jeweils Stand Dezember)</small>	2	5	14	17

Das Budget im Jahr 2022 ist vor allem durch eine weiter steigende Mitgliederzahl gewachsen. Damit wurde der Handlungsspielraum für die inhaltliche Arbeit des GWD weiter vergrößert. Eine thematische Verbreiterung sowie mehr Tiefe in allen Arbeitsbereichen waren durch die personelle Aufstockung der Geschäftsstelle möglich. Das spiegelt sich in einer höheren Veranstaltungsdichte – die 2022 endlich wieder verstärkt in Präsenz, zumeist auch hybrid, durchgeführt werden konnten – sowie in einer intensiveren Öffentlichkeitsarbeit wider. Die Rücklage aus den Vorjahren wurde plangemäß deutlich abgeschmolzen. Für das kommende Jahr wurden außerdem mit der Investition in eine professionelle CRM-Software die Weichen für eine gezieltere und effizientere Mitglieder-Kommunikation gestellt.

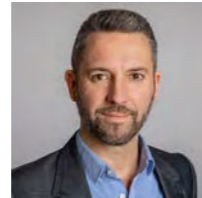


Team

Geschäftsleitung Berlin



KATHARINA KRÜGER
Leiterin Repräsentanz Berlin

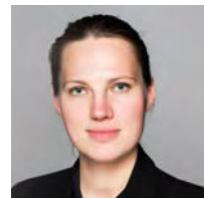


HAGEN PIETZCKER
Leiter Strategische Kommunikation und Pressesprecher

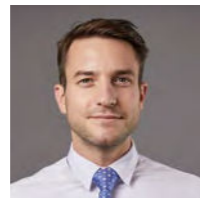


JULIAN JOSWIG
Leiter Programmentwicklung (bis 31. März 2023)

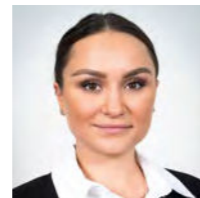
Team in der Geschäftsstelle



ANNA CEBOTAREVA
Referentin für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit



CHRISTIAN FORSTER
Referatsleitung für Programm-entwicklung und Koordination der Themenreferent:innen



ALINA KOKORINA
Büro Vorstand und Geschäftsführung



LAURA MOLINA
Referentin für Programm-entwicklung



JONAS WELL
Referent der 2. Vorsitzenden/
Kontaktstelle Wissenschaft



ESTHER WIßKIRCHEN
Büro Vorstand und Geschäfts-
führung | Referentin des
1. Vorsitzenden



LARISSA ZAPPE
Referentin für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit



INFORMIEREN

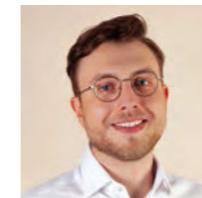


DEBATTIEREN

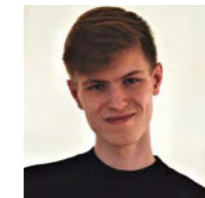


KONZIPIEREN

Team Themenreferent:innen



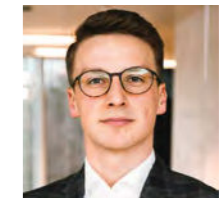
PAUL BAUER
Security &
Defence



MAXIMILIAN FERST
Energie,
Kreislaufwirtschaft



MAJA KLOSTERMANN
Nachhaltige Finanzen,
Kreislaufwirtschaft



LEO KLOPFER
Mobilität,
Security & Defence



CONSTANTIN DAVID MEIER
Sustainable Finance,
Energie

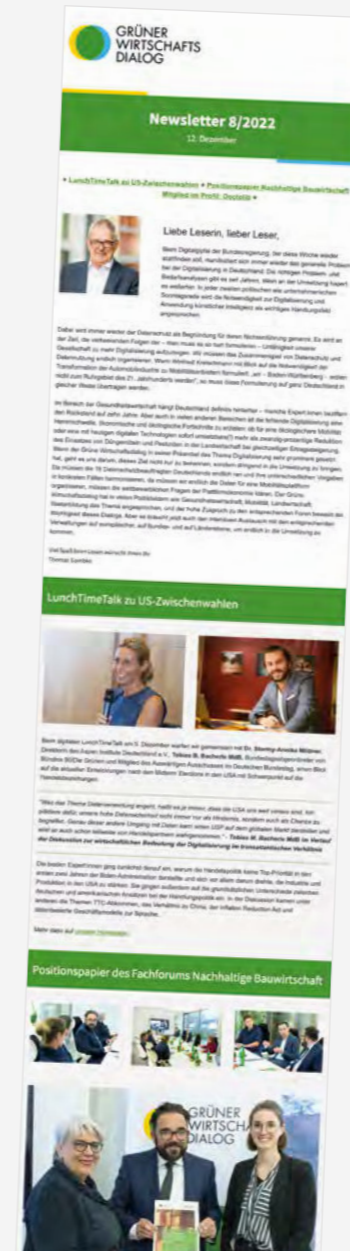
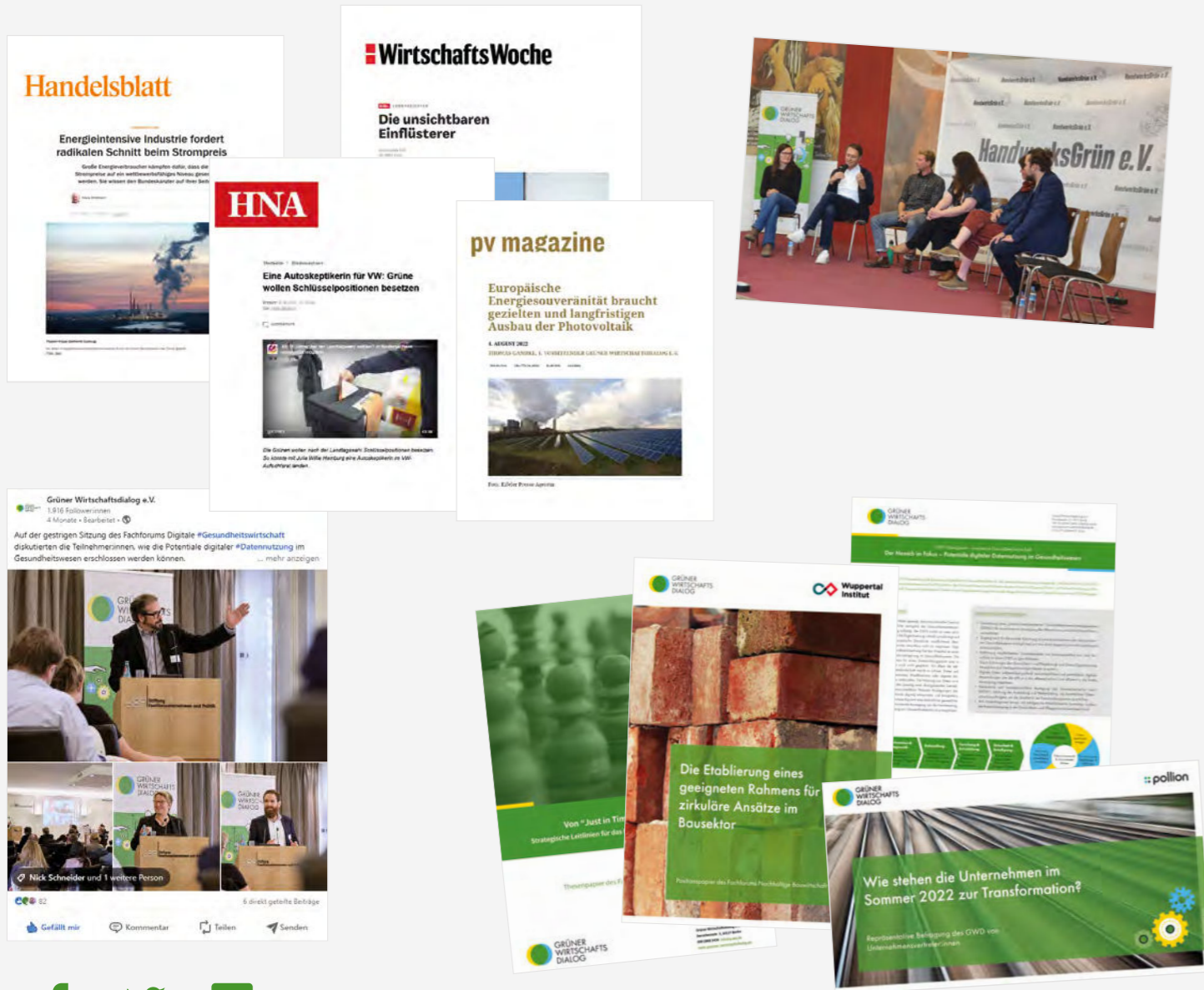


CARLOTTA WEIGEL
Innovative Gesundheitswirt-
schaft, F&I



MARCO LOTZ
Freier Mitarbeiter,
Security & Defence

Entwicklung Öffentlichkeitsarbeit



Die Außenkommunikation des GWD war auch 2022 von einem starken Wachstum geprägt: Die Reichweite unserer Online-Kanäle hat sich erhöht ebenso wie die Resonanz in den Medien.

Wie in den vergangenen Jahren wurden die Ergebnisse aus den GWD-Fachveranstaltungen im Rahmen von Positions- und Thesenpapieren veröffentlicht, die konkrete Handlungsempfehlungen für Politik- und Wirtschaftsakteur:innen enthalten. Als neues Format ist 2022 dabei der „GWD-Standpunkt“ entstanden: Hintergründe und Impulse zu einem Thema werden knapp und konkret in Form eines One-pagers zusammengefasst.

Ein bereits existierendes Format, das 2022 wieder aufgegriffen werden konnte, ist der GreenTeaTimeTalk: Eine Präsenzveranstaltung, bei der wir unsere Mitglieder zum Austausch zu zukunftsweisenden Themen abseits des Daily-Business einladen.

Wir freuen uns außerdem, dass wir auf dem ersten Kongress von Handwerksgrün e.V. als Kooperationspartner unterstützen konnten. Der Austausch mit gleichgesinnten Organisationen aus dem NGO- sowie wissenschaftlichen Bereich ist etwas, was wir 2023 stärker verfolgen werden.

Ausblick

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Jahresbericht beschließen wir das vierte Jahr unseres Bestehens und blicken nun freudig nach vorne auf das Jahr 2023: Entscheidende Weichen wurden bereits im Jahr 2021 durch Aufwuchs des Teams, die neue Geschäftsstelle, vor allem aber durch das kontinuierliche Wachstum der Mitgliedschaft gestellt. Die große Anzahl der Veranstaltungen in 2022 – der Veranstaltungsaufwand lag bei rund 150.000€ – , die nun endlich auch wieder in Präsenz möglich waren, und die weiterhin erfolgreiche Regionalisierung haben unsere Wirksamkeit und Wahrnehmung erhöht.

Die Dringlichkeit der Transformation hat durch den schrecklichen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und seine Folgen zugenommen, nicht nur im Energiebereich. Unsere besondere Kompetenz, als parteiunabhängige Organisation zwischen Wirtschaft und grüner Politik vermitteln und auch verbinden zu können, ist damit notwendiger denn je. Denn nun ist Orientierung gefragt, gerade auch in der Wirtschaft.

Der GWD nimmt sich dieser Aufgabe im Jahr 2023 auf eine besondere Weise an: Gemeinsam mit dem IW Köln haben wir eine Studie zum Stand der Transformation der Deutschen Wirtschaft mit dem Titel „Transformationskompass“ erarbeitet, die wir im Frühjahr 2023 veröffentlichen. Um die ökologisch-soziale Transformation auch unter den verschärften Bedingungen so effizient wie möglich zu gestalten, ist es von zentraler Bedeutung, Umsetzungsstrategien stets auf evidenzbasierte, empirische Erkenntnisse zu stützen. Hierzu wollen wir durch unseren Transformationskompass beitragen: Auf Grundlage einer umfassenden Indikatorik und Unternehmensbefragungen wird dargestellt, wo deutsche Unternehmen bei der Transformation stehen. Daraus werden

sich wiederum wirtschaftspolitische Leitplanken und konkrete Handlungsempfehlungen für nachhaltigen, klimaneutralen und resilienten Wohlstand ergeben, welche wir wie stets im Dialog zwischen unseren Mitgliedern und der Politik erarbeiten und vermitteln werden.

Der erste Fünfjahresturnus, die Zeit des Gründungsvorstandes, endet in diesem Jahr, und der GWD ist stabil für die Zukunft aufgestellt. Der Jahresabschluss für 2022 weist ein Beitragsvolumen von rd. 950.000 € aus, und auch im ersten Quartal 2023 verzeichnen wir einen Zuwachs an Mitgliedern. Unsere programmatische Arbeit wird weiterhin kontinuierlich ausgeweitet.

Für mich persönlich ist es damit an der Zeit, die Geschäftsführung zum 1. April mit Vorlage des Jahresabschlusses 2022 in jüngere Hände zu legen: Planmäßig übernimmt mein Kollege im Gründungsvorstand Roland Schüren, Bäckermeister und Unternehmer aus Hilden / NRW, diese Aufgabe. Ich werde als 2. Vorsitzende bis zum Ablauf der Amtszeit des Gründungsvorstandes weiter zur Verfügung stehen und mich auf strategische Fragen konzentrieren.

Ich danke den Mitgliedern für das Vertrauen, ich danke dem Team in der Geschäftsstelle für die tolle Zusammenarbeit, meinen Vorstandskolleg:innen für Inspiration und Ansporn und freue mich auf die weitere spannende und kreative Zusammenarbeit zur verantwortlichen Gestaltung der Transformation!

Ihre
Gabriele C. Klug



GABRIELE C. KLUG

2. Vorsitzende und Geschäftsführerin des
Grünen Wirtschaftsdialogs e.V., Rechtsanwältin,
Stadtkämmerin a.D. der Stadt Köln

Jahresausklang 2022



...r.: Dr. Thomas Gambke, Anne Kjær Bathel, Prof. Dr. Michael Hüther, Gabriele C. Klug, Dieter Janecek MdB



Anregungen und Inspiration für das Tischgespräch lieferten die drei Dinner Speeches



GreenCrunch KlimaDinner im Wasserwerk Berlin

Nach zwei Jahren Corona-bedingter Pause gab es 2022 endlich wieder die Möglichkeit, zum großen Jahresausklangs-Event des GWD zu laden: Das GreenCrunch KlimaDinner, erstmalig im Dezember 2020 durchgeführt, konnte nun erneut stattfinden.



Viele Mitglieder, Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft fanden sich im Wasserwerk Berlin ein, um zwischen den Gängen Vorträgen von Dieter Janecek MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Anne Kjær Bathel, Gründerin der RediSchool sowie Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des IW Köln, zu lauschen und gemeinsam einen inspirierenden Abend in besonderem Setting zu verbringen. Unter den Gästen waren viele bekannte Namen aus der wirtschafts- und klimapolitischen Szene der Bundesrepublik: Anne Monika Spallek aus der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Petra Pinzler von der ZEIT, Kristina Jeromin vom Sustainable-Finance-Beirat der Bundesregierung, Stormy-Annika Mildner, Direktorin des Aspen Institute Deutschland, um nur einige der Gäste zu nennen. Durch den Abend führte die Moderatorin Weihua Wang. Ein paar Eindrücke finden Sie auf dieser Seite.



Quellenverzeichnis

- S. 44:** BMDV - Verkehr in Zahlen 2022/2023, S. 215f
<https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Publikationen/G/verkehr-in-zahlen-2022-2023-pdf.html> [15.03.23]
- S. 67:** DESI – Vollständige europäische Analyse 2022, Europäische Kommission, S. 19
<https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/library/digital-economy-and-society-index-desi-2022> [15.03.23]
- S. 72:** Wie stehen die Unternehmen im Sommer 2022 zur Transformation? - Repräsentative Befragung des GWD von Unternehmensvertreter:innen, 2022, S. 13
<https://www.gruener-wirtschaftsdialog.de/representative-umfrage-zur-transformation-der-deutschen-wirtschaft/> [15.03.23]
- S. 73:** Wie stehen die Unternehmen im Sommer 2022 zur Transformation? - Repräsentative Befragung des GWD von Unternehmensvertreter:innen, 2022, S. 15
<https://www.gruener-wirtschaftsdialog.de/representative-umfrage-zur-transformation-der-deutschen-wirtschaft/> [15.03.23]
- Randstad-ifo-Personalleiterbefragung Q2 2022
<https://www.presseportal.de/pm/13588/5286112> [15.03.23]
- S. 86:** Umweltbundesamt – Aufkommen und Verwertung von Verpackungsabfällen in Deutschland im Jahr 2020, S. 50
<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/aufkommen-verwertung-von-verpackungsabfaellen-in-16> [15.03.23]
- S. 87:** KfW Research, in Anlehnung an acatech (2018)
<https://www.kfw.de/stories/umwelt/natuerliche-ressourcen/kreislaufwirtschaft-grafik/> [15.03.23]

Bildnachweise

S. 4, 8, 11, 20, 21, 26, 39 (unten), 50, 51, 90, 100, 101 © Hans-Christian Plambeck Photography; S. 15, 86 © Nikolaus Brade; S. 19 © Nils Leon Brauer (unten); S. 22 © iStock/FredFroese; S. 24 © iStock/goir; S. 27 © Ralf Silberkuhl; S. 28 © iStock/MihailDechev; S. 30 © shutterstock/ako photography; S. 34 © iStock/number1411; S. 36 © pixabay/Pexels; S. 39 (oben), 60 © Sascha Krautz; S. 40 © pixabay/fotos1992; S. 42 © pixabay/athree23; S. 46 © unsplash/Lenny Kuhne; S. 48 © pixabay/andreas160578; S. 52 © pixabay/jwwein; S. 54 © iStock/Totojang; S. 56, 58, 62 © iStock/gorodenkoff; S. 64 © pixabay/adil-photos; S. 68 © shutterstock/pixelklex; S. 70 © pixabay/Simon; S. 74 © pixabay/Hermann; S. 76 © shutterstock/idiz; S. 79 © shutterstock/TebNad; S. 80 © unsplash/AbsolutVision; S. 82 © pixabay/onkelglocke; S. 84 © pixabay/markusspiske; S. 88 © pixabay/Hans

V. i. S. d. P.

Grüner Wirtschaftsdialog e.V.
Gabriele C. Klug
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin

T: +49 30 2868 3434
E: info@g-wd.de

Redaktion

Anna Cebotareva
Hagen Pietzcker
Larissa Zappe

Layout

Franziska Feldmann

Der Grüne Wirtschaftsdialog e.V. ist registrierter Interessenvertreter und unter Registernummer R001392 im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag eingetragen. Er unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des Lobbyregistergesetzes und ist der Transparenz und Integrität der Lobbyarbeit verbunden.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier („Circlesilk Premium White“) aus nachhaltiger Forstwirtschaft, zertifiziert mit EU-Ecolabel, mit Bio-Dispersionslack auf Wasserbasis. Mit mineralölfreien Druckfarben und CO₂-neutral produziert.

**Grüner Wirtschaftsdialog e.V.,
Berlin**

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022

Berlin, den 10.03.2023

Elektronische Kopie

Unter der Voraussetzung, dass der von uns geprüfte Jahresabschluss vom 31.12.2021 von der Mitgliederversammlung des Grüner Wirtschaftsdialog e.V., Berlin, festgestellt wird, erteilen wir unter dieser aufschiebenden Bedingung den nachfolgenden Bestätigungsvermerk:

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Grüner Wirtschaftsdialog e.V., Berlin

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss des Grüner Wirtschaftsdialog e.V., Berlin – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben.

Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieses Systems des Vereins abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im

Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 10.03.2023

Martina Schmidt-Wirtschaftsprüfung GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Martina Schmidt
Wirtschaftsprüferin


Holger Schmidt
Wirtschaftsprüfer



Grüner Wirtschaftsdialog e.V.,
Berlin
Bilanz
zum 31.12.2022

Aktiva	31.12.2022 €	31.12.2021 €		31.12.2022 €	31.12.2021 €	Passiva
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			1. Bilanzgewinn	115.746,88	191.431,37	
1. Software	1,00	1.069,00				
	1,00	1.069,00	B. Rückstellungen	115.746,88	191.431,37	
II. Sachanlagen			1. Steuerrückstellung	64.767,78	78.145,18	
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.162,00	6.981,00	2. sonstige Rückstellungen	25.294,00	31.286,00	
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	10.415,70				
	23.162,00	17.396,70				
II. Finanzanlagen			D. Verbindlichkeiten			
1. Beteiligungen	50.000,00	50.000,00	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24.047,90	22.402,73	
	50.000,00	50.000,00	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 24.047,90 (i. Vj. € 22.402,73)			
	73.163,00	68.465,70	2. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.661,56	15.074,85	
B. Umlaufvermögen			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 9.661,56 (i. Vj. € 15.074,85)			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			3. Sonstige Verbindlichkeiten	7.500,97	10.294,83	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.412,72	39.450,40	- davon aus Steuern € 7.300,97 (i.Vj. € 10.294,83)			
2. Sonstige Vermögensgegenstände	10.226,90	12.822,63	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 0,00 (i.Vj. 0,00 €)			
	12.639,62	52.273,03	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 7.500,97 (i.Vj. € 10.294,83)	41.210,43	47.772,41	
II. Guthaben bei Kreditinstituten	177.116,49	227.387,75				
	189.756,11	279.660,78	E. Rechnungsabgrenzungsposten	30.000,00	9.000,00	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	14.099,98	9.508,48		277.019,09	357.634,96	
	277.019,09	357.634,96				

**Gewinn- und Verlustrechnung Grüner Wirtschaftsdialog e.V.,
Berlin
Geschäftsjahr vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2022**

	2022	2021
	€	€
1. Umsatzerlöse		
a) Förderbeiträge	923.597,90	690.250,00
b) ordentliche Mitgliedsbeiträge	31.780,00	28.230,00
c) sonstige Umsatzerlöse	817,50	0,00
	956.195,40	718.480,00
2. Projektförderungen und sonstige Zuschüsse	0,00	4.201,68
3. sonstige betriebliche Erträge	10.150,40	1.330,47
	966.345,80	724.012,15
4. Veranstaltungsaufwand	153.725,42	39.878,30
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	492.979,48	219.131,04
b) Soziale Abgaben	138.001,44	47.249,44
	630.980,92	266.380,48
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	7.768,98	17.862,77
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	265.192,37	188.551,01
	-91.321,89	211.339,59
8. Erträge aus Beteiligungen	2.260,00	0,00
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	8.085,00
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-13.377,40	59.820,86
11. Ergebnis nach Steuern	-75.684,49	143.433,73
12. Jahresfehlbetrag/i.Vj. -überschuss	-75.684,49	143.433,73
13. Gewinnvortrag	191.431,37	47.997,64
14. Bilanzgewinn	115.746,88	191.431,37

1. Allgemeine Angaben

Der Verein wurde unter der VR 23786, Amtsgericht Hamburg, aufgrund der Satzungserrichtung am 14.12.2018, in das Vereinsregister eingetragen. Sitz des Grünen Wirtschaftsdialog e.V. war bis Juni 2022 die Freie und Hansestadt Hamburg. Der Verein hat im Juli 2022 seinen Geschäftssitz nach Berlin-Mitte verlegt.

Der Verein vertritt die ideellen und wirtschaftlichen Berufs- und Standesinteressen seiner Mitglieder im Sinne einer nachhaltigen, ökologischen, innovativen und ökonomisch erfolgreichen Wirtschaftsweise, zugunsten einer erfolgreichen Wirtschaft in Deutschland, künftiger Generationen, zugunsten Europas und anderer Länder. Dazu werden Dialogforen, öffentliche Veranstaltungen, Erstellung von Publikationen sowie Forschung und Forschungsförderung durchgeführt.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften gemäß §§ 264 ff. HGB aufgestellt.

Dabei wird für die Bilanz das Gliederungsschema des § 266 Abs. 2 HGB angewendet.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gewählt. Gemäß § 252 Abs. 2 HGB ist das Gliederungsschema der Gewinn- und Verlustrechnung im Hinblick auf die betrieblichen Besonderheiten und entsprechend dem Grundsatz der Klarheit erweitert. Dabei wurde der Posten Umsatzerlöse durch Unterposten erweitert. Der Posten Projektförderungen wird gesondert aufgeführt. Die Aufwendungen, die unmittelbar mit den Veranstaltungen zusammenhängen, werden gesondert unter dem Posten Veranstaltungsaufwand ausgewiesen.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten angesetzt und werden um die planmäßigen linearen Abschreibungen nach den steuerlich normierten Sätzen vermindert.

Das Sachanlagevermögen ist mit den Anschaffungskosten angesetzt und soweit abnutzbar, um planmäßige lineare Abschreibungen nach steuerlich normierten Sätzen vermindert. Bewegliche Gegenstände des Anlagevermögens bis zu einem Wert von € 800,00 werden im Jahr des Zugangs sofort abgeschrieben.

Die Finanzanlage ist mit den Anschaffungskosten bewertet. Abschreibungen sind nicht erforderlich.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage zum Anhang dargestellt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden unter Berücksichtigung aller Risiken bewertet. Die Forderungen aus Mitgliedsbeiträgen sind mit den Nominalwerten einzeln bewertet. Aufgrund der Werthaltigkeit der Forderungen sind keine Niederstwertabschreibungen erforderlich.

Der Bankbestände ist mit dem Nominalwert bewertet.

Die Rückstellungen wurden für alle ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle am Bilanzstichtag erkennbaren Risiken berücksichtigt. Sie sind in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erwartet wird.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen bilanziert.

3. Erläuterungen

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (T€ 14 i.Vj. T€ 10) betrifft im Wesentlichen die Vorauszahlungen für Ausgaben (zwei Bahncards) vor dem Bilanzstichtag für das folgende Geschäftsjahr.

Die Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2022 €	Inanspruchnahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2022 €
1. Steuerrückstellungen	78.145,18	0,00	13.377,40	0,00	64.767,78
2. Sonstige Rückstellungen					
Jahresabschlusserstellung	11.800,00	11.800,00	0,00	7.000,00	7.000,00
Steuererklärungen 2020 bis 2022	3.200,00	2.000,00	0,00	1.800,00	3.000,00
Finanzbuchhaltung	3.400,00	3.342,60	57,40	0,00	0,00
Steuerliche Beratung	2.500,00	2.280,00	220,00	0,00	0,00
Jahresabschlussprüfung	3.350,00	3.350,00	0,00	3.350,00	3.350,00
Berufsgenossenschaft	1.000,00	0,00	1.000,00	0,00	0,00
Künstlersozialkasse	500,00	0,00	0,00	1.000,00	1.500,00
Urlaubsrückstellung/Mehrarbeit	5.536,00	5.536,00	0,00	10.444,00	10.444,00
	31.286,00	28.308,60	1.277,40	23.594,00	25.294,00
	109.431,18	28.308,60	14.654,80	23.594,00	90.061,78

Sämtliche Verbindlichkeiten (T€ 41; Vorjahr T€ 48) haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Von den Umsatzerlösen betreffen die Mitgliedsbeiträge (T€ 956; i.Vj. T€ 719) der ordentlichen Mitglieder und Fördermitglieder. Erlöse aus Projektförderungen fielen im Geschäftsjahr nicht an.

Der Veranstaltungsaufwand (T€ 154; i.Vj. T€ 40) betrifft die Aufwendungen für Catering, Räumlichkeiten, Vortragende, Moderatoren sowie Werbung für die durchgeführten Veranstaltungen des Geschäftsjahres.

Der Personalaufwand (T€ 631; i.Vj. T€ 266) umfasst die Gehälter der 26 (i.Vj. 5,6) Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle in Berlin.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Geschäftsjahres (T€ 265 i.Vj. T€ 188) entfallen vor allem mit T€ 96 auf Vorstands- und Geschäftsführungstätigkeiten, mit T€ 62 auf Mieten, mit T€ 23 auf Forderungsverluste und mit T€ 15 auf IT-Aufwendungen.

Nach Erstattungen für Steuern vom Einkommen und Ertrag (T€ 13; i. Vj. T€ 60 Steueraufwand) ist ein Jahresfehlbetrag von T€ 76 entstanden.

4. Sonstige Pflichtangaben

Vorstandsmitglieder im Sinne des § 26 BGB seit dem 14.12.2018 sind:

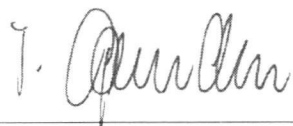
- Dr. Thomas Gambke, Strategieberater, Freie und Hansestadt Hamburg (Vorsitzender)
- RAin Gabriele C. Klug, Stadtkämmerin a.D., Bad Münster am Stein. (stellvertretende Vorsitzende)

Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im Jahr 2022: 26 (i.Vj. 5,6)

5. Gewinnverwendungsvorschlag

Es ist für das Jahr 2022 ein Jahresfehlbetrag von T€ 76 (im Vj. T€ 143 Jahresüberschuss) entstanden. Der Vorstand schlägt vor, den Jahresfehlbetrag mit dem Gewinnvortrag zu verrechnen und den Bilanzgewinn von T€ 116 auf neue Rechnung vorzutragen.

Berlin, 01.03.2023



(Dr. Gambke)
Vorstand



(Klug)
Vorstand

Anlage zum Anhang (Entwicklung des Anlagevermögens)

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Restbuchwerte	
	01.01.2022 €	Zugänge €	Umbuchung €	Abgang €	31.12.2022 €	01.01.2022 €	Zugänge €	Abgänge €	31.12.2022 €	31.12.2022 €	31.12.2021 €
A. Anlagevermögen											
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Software	7.100,00	0,00	0,00	0,00	7.100,00	6.031,00	1.068,00	0,00	7.099,00	1,00	1.069,00
	7.100,00	0,00	0,00	0,00	7.100,00	6.031,00	1.068,00	0,00	7.099,00	1,00	1.069,00
II. Sachanlagen											
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.801,20	12.466,28	10.415,70	1.520,17	49.163,01	20.820,20	6.700,98	1.520,17	26.001,01	23.162,00	6.981,00
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	10.415,70	0,00	-10.415,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.415,70
	38.216,90	12.466,28	0,00	1.520,17	49.163,01	20.820,20	6.700,98	1.520,17	26.001,01	23.162,00	17.396,70
	45.316,90	12.466,28	0,00	1.520,17	56.263,01	26.851,20	7.768,98	1.520,17	33.100,01	23.163,00	18.465,70
III. Finanzanlagen											
1. Beteiligungen	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
	95.316,90	12.466,28	0,00	1.520,17	106.263,01	26.851,20	7.768,98	1.520,17	33.100,01	73.163,00	68.465,70

Elektronische Kopie